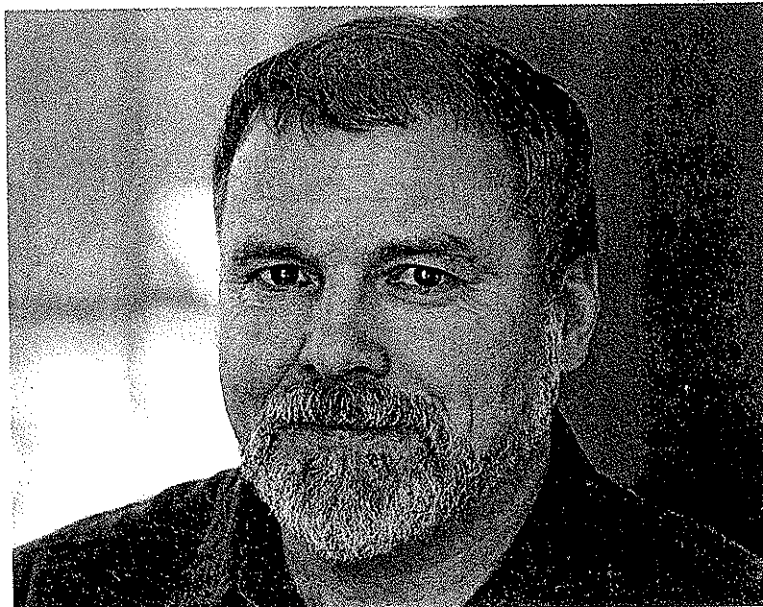


Inhalt

Wirtschaftspolitik	3
Technologiepolitik	5
Förderung regional bedeutsamer Unternehmen	6
Mittelstandspolitik	7
Tourismus	8
Verkehrspolitik	9
Aktive Arbeitsmarktpolitik	11
Arbeit im ländlichen Raum	15
Ausbildungs- und Beschäftigungsgarantie für Jugendliche unter 20 Jahren	16
Energiepolitik	17
Sicherheit	18
Alltagskriminalität	19
Organisierte Kriminalität	22
Rechtsextremismus	24
Wohnen und Mieten	25
Familienpolitik	27
Politik für ältere Menschen	28
Politik für Behinderte	30
Sucht- und Drogenpolitik	31
Gesundheitspolitik	32
Landwirtschaftspolitik	33
Forstwirtschaftspolitik	35
Fischereipolitik	37
Umweltpolitik	38
Abfallwirtschaftspolitik	40
Gewässer- und Bodenschutz	42
Politik für Naturschutz und Landschaftspflege	44
Schulpolitik	45
Kinder- und Jugendpolitik	48
Hochschulpolitik	49
Kulturpolitik	51
Sportpolitik	53
Medienpolitik	54
Frauenpolitik	56
Strukturkonzept	58
Kommunalpolitik	60
Finanzpolitik	62

Vorwort



Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

oft wird mir gesagt, die großen Parteien unterscheiden sich kaum voneinander. Wahlen würden deshalb nichts ändern. Ich meine: Das stimmt nicht!

Damit Sie sich selbst ein Bild machen können, gebe ich Ihnen unser Regierungsprogramm in die Hand. Sie können nun selbst vergleichen. Und wenn die SPD die Regierungsverantwortung übernimmt, können Sie später überprüfen, ob sie Wort gehalten hat. Bewahren Sie das Programm also gut auf!

Als Ministerpräsident unseres Landes werde ich dafür sorgen, daß die hier beschriebenen Ziele erreicht werden. Sie lassen sich in drei Punkten zusammenfassen.

Erstens: Wir wollen, daß die Lebensleistungen der Ostdeutschen endlich geachtet werden. Deshalb setzen wir uns konsequent für die Interessen der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern ein, und zwar auch bei den eigenen Parteifreunden in Bonn. Schon dadurch unterscheiden wir uns deutlich von der Regierung Seite.

Zweitens: Wir wollen eine gerechtere Politik als die CDU. Vier Jahre Ellenbogengesellschaft und soziale Kälte sind genug. Wir müssen die vorhandene Arbeit gerechter verteilen und neue Arbeitsplätze schaffen. Es gilt, Arbeit zu finanzieren statt Arbeitslosigkeit. In diesem Programm machen wir konkrete Vorschläge, wie wir dieses Ziel erreichen. Zu einer gerechten Gesellschaft gehören aber auch bezahlbare Mieten, sicheres Wohnen und eine kinderfreundliche Umgebung.

Drittens: Wir wollen regieren. Vier Jahre Opposition sind genug. Wir haben jetzt genug Erfahrung, um das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen. Wir Sozialdemokraten in Mecklenburg-Vorpommern müssen jetzt eine Regierung der sozialen Verantwortung bilden.

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger, ich habe engagierte und erfahrene Frauen und Männer gewonnen, die mit mir die Regierung in Schwerin übernehmen wollen. Wir brauchen Ihre Unterstützung, damit sich wirklich etwas ändert in unserem Land. Wählen Sie also am 16. Oktober SPD!

Ihr

Harald Ringstorff
Harald Ringstorff

Wirtschaftspolitik

Die Ausgangslage

Mecklenburg-Vorpommern ist mit einem Anteil von einem Prozent an der wirtschaftlichen Leistung Deutschlands das wirtschaftlich schwächste Bundesland.

Ein selbsttragender wirtschaftlicher Aufschwung ist selbst drei Jahre nach der Wirtschafts- und Währungsunion noch nicht in Gang gekommen. Die Arbeitslosenquote liegt bei rund 17 Prozent. 1992 gab es zwar ein von der Baukonjunktur getragenes wirtschaftliches Wachstum von 7,7 Prozent, doch es erfolgte von einem sehr niedrigen Ausgangsniveau aus, da die Produktion in den Jahren 1990/91 fast vollständig zusammengebrochen war.

Innerhalb von drei Jahren haben mehr als 100.000 Menschen unser Land verlassen. Außerdem arbeiten rund 40.000 in den alten Bundesländern (Berufspendler). Die meisten von ihnen sind junge, qualifizierte Arbeitskräfte, unter ihnen zahlreiche Wissenschaftler, die ihre Arbeitsplätze an den Hochschulen und Forschungsinstituten verloren hatten. Mehr als 40 Prozent der Menschen im erwerbsfähigen Alter haben keine Arbeit. Die noch bestehenden Unternehmen haben ihre Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten auf ein Minimum reduziert bzw. gänzlich aufgegeben. Gleichzeitig ist die Zahl der Existenzgründungen, bezogen auf die Bevölkerung, deutlich kleiner als in den anderen neuen Bundesländern.

Handelsketten auf der grünen Wiese haben die Warenverteilung übernommen. Die einheimische Bevölkerung ist größtenteils von der lokalen Produktion ausgeschlossen worden. Viel zu wenig öffentliche Aufträge werden an lokale Produzenten vergeben. Besonders hinderlich für den Aufschwung ist die schlechte Eigenkapitalausstattung der Betriebe. Davon zeugt die zunehmende Zahl der Insolvenzen bei jungen Unternehmen.

Die Privatisierungspolitik der Bundesregierung hat dazu geführt, daß die Eigentumsrechte an den Unternehmen heute in großem Umfang außerhalb des Landes liegen. Dadurch wird die Entwicklung einer eigenständigen, regional verwurzelten, mittelständischen Wirtschaft stark behindert.

**Wenn die Menschen gehen,
verliert ein Land seine Zukunft**

Die Ziele unserer Wirtschaftspolitik

Soll eine wirtschaftliche Wende erreicht werden, so muß Mecklenburg-Vorpommern reindustrialisiert werden. Dazu braucht das Land neue Unternehmen und neue Märkte. Wir werden uns weiter bemühen, Investoren aus dem Westen oder aus dem Ausland zu gewinnen. Hauptziel der Wirtschaftspolitik muß es aber sein, das eigene Unternehmerpotential zu entwickeln. Dies alles kann nur in einer Atmosphäre des sozialen Friedens verwirklicht werden.

**Mehr auf die eigenen
Kräfte setzen**

Die Maßnahmen

■ Aktive Strukturpolitik betreiben

Es kommt in Zukunft darauf an, wieder eine leistungs- und wettbewerbsfähige produzierende Wirtschaft aufzubauen und die natürlichen Ressourcen unseres Landes für den Ausbau eines umweltverträglichen Tourismus zu nutzen.

Über Regionalkonzepte wird die SPD deshalb Investitionsschwerpunkte für die Infrastruktur festlegen. Dort, wo wirtschaftliche Entwicklung erkennbar ist, muß sie durch Förderung unterstützt werden. Die besten Standorte im Land dürfen dabei nicht von der Spitzenförderung ausgeschlossen werden.

**Die Fördermittel konzentrieren,
kein „Gießkannenprinzip“**

**Wirtschaftliche Perspektiven
für den ländlichen Raum**

■ **Gewerbegebiete sinnvoll ausweisen**

Um den Landschaftsverbrauch so gering und den Einsatz der finanziellen Mittel so effizient wie möglich zu gestalten, werden Gewerbegebiete zukünftig nur nach dem tatsächlichen Bedarf der Wirtschaft ausgewiesen. Dabei wird die SPD eine klare Rangfolge einhalten:

- Zunächst werden alte, verkehrsgünstig gelegene Industrie- und Gewerbeflächen saniert und reaktiviert,
- wo dies nicht oder nicht mehr möglich ist, müssen die ehemals militärisch genutzten Flächen saniert und vermarktet werden,
- erst danach werden neue Gewerbegebiete erschlossen.

Auf dem Lande wird sich die Förderpolitik der SPD am örtlichen Bedarf orientieren. Statt überdimensionierte Gewerbegebiete anzulegen, werden vorzugsweise Gründerzentren und Gewerbehöfe eingerichtet.

Weiterhin wird die SPD auf dem Lande vorrangig Holz-, Baustoff- und Lebensmittelverarbeitung sowie eine qualitätsorientierte, umweltgerechte landwirtschaftliche Produktion fördern. Dort, wo sich Standorte bereits herausgebildet haben, müssen nachgelagerte Wirtschaftszweige angesiedelt und entsprechend unterstützt werden. Unter Berücksichtigung der Agrarreform innerhalb der EU gewinnt die Verwertung einheimischer landwirtschaftlicher Produkte für technische Zwecke an Bedeutung.

Besonders wichtig ist auch die Förderung von Ferienwohnungen auf dem Land. Daneben müssen Mittel in die Dorferneuerung, die Abwasserbehandlung und in die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse fließen.

■ **Sektorale Schwerpunkte setzen**

Die SPD will vorzugsweise die exportorientierte Industrie und die Entwicklung höherwertiger Dienstleistungen fördern. Unsere Exportindustrie wird vor allem vom Schiffbau und von der Nahrungsgüterindustrie getragen. Ihr gilt deshalb die besondere Aufmerksamkeit der SPD. Trotzdem brauchen wir eine größere Vielfalt. Darum unterstützt die SPD u. a. die Umwelttechnik als Branche mit hohem Innovationspotential.

■ **Absatzorientierte Mittelstandspolitik betreiben**

Der Förderwirrwarr in Mecklenburg-Vorpommern muß aufhören. Wir brauchen eine leistungsfähige Organisation zur Finanzierung, Förderung und vor allem zur Betreuung der Unternehmen. Zur Bündelung der verschiedenen Förderaktivitäten des Landes wollen wir eine Investitions- bzw. Aufbaubank gründen.

Die Außenhandelsagentur soll die Förderung des Exportgeschäfts übernehmen und bei der Exportfinanzierung unterstützend tätig sein. Sie soll vor allem kleine und mittelständische Unternehmen hinsichtlich Marketing und Vertrieb beraten und unterstützen. Auch bei der Vergabe öffentlicher Aufträge wird eine SPD-geführte Landesregierung alle Fördermöglichkeiten für einheimische Unternehmen ausschöpfen. Die Vergabe soll an Unternehmen erfolgen, die an tarifliche Vereinbarungen gebunden sind.

Bei sonst vergleichbaren Lieferungen und Leistungen erhält der Anbieter den Zuschlag, der ein Maximum des Auftragsvolumens in oder aus Mecklenburg-Vorpommern realisiert.

Die Eigenkapitalbasis von kleinen und mittleren Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft muß verstärkt werden. Wirtschaftsförderung hat sich in der Vergangenheit im wesentlichen auf Investitionsförderung beschränkt. Viele Unternehmen in unserem Land haben aber ihre Investitionen bereits getätigt und kranken nun an der hohen Belastung für die aufgenommenen Kredite. Zur Sicherung von bestehenden Unternehmen und für Neugründungen werden wir deshalb risikotragendes Kapital auf Zeit und zinsverbilligte Kredite bereitstellen. Diese Forderungen erfolgen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sie werden innerhalb eines zeitlichen Rahmens degressiv gestaltet. Zur Finanzierung dieser Maßnahmen werden wir das Landesinvestitionsprogramm auf Darlehensbasis umstellen.

**Aufbaubank gründen,
Export fördern**

**Betriebe stärken
durch Eigenkapitalförderung**

Technologiepolitik

Die Ausgangslage

Die wenigen im Land verbliebenen Entwicklungsingenieure bilden zusammen mit den Universitäten und Hochschulen die technologische Basis für eine industrielle Entwicklung. Die geringe Eigenkapitalausstattung ist das größte Hemmnis der jungen technologie- und forschungsorientierten Unternehmen. Die geringe Anzahl an überregionalen Forschungsinstituten in Mecklenburg-Vorpommern erweist sich als erhebliches Defizit bei der Wirtschaftsentwicklung.

**Technologische Basis
für Industrieentwicklung fehlt**

Die Ziele unserer Technologiepolitik

Mecklenburg-Vorpommern muß ein Land mit einem hinreichenden Angebot an Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen sein. Dazu muß die Technologieförderung so attraktiv werden, daß Forschungsinstitute und technologieorientierte Industrieunternehmen sowie Existenzgründer aus ganz Deutschland nach Mecklenburg-Vorpommern ziehen. Technologieparks mit hervorragender Infrastruktur und starker Außenkommunikation sollen diese Aufgaben übernehmen. Die Universitäten und Hochschulen des Landes müssen hierbei eine besondere Rolle spielen. Dadurch kann eine innovative Atmosphäre erzeugt werden, die Eigendynamik entwickelt und somit die industrielle Entwicklung unterstützt.

Technologietransfers ermöglichen

Die Maßnahmen

Technologieförderung und Technologievermittlung müssen einen höheren Stellenwert in der Landespolitik erhalten. Deshalb wird die SPD mehr Mittel für die Förderung der Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Technologien im Landeshaushalt anweisen.

Die Förderung muß so gestaltet sein, daß sie die Unternehmen bis zur Markteinführung ihrer Produkte begleitet. Die Eigenkapitalschwäche der Existenzgründer soll durch einen Technologiefonds beseitigt werden.

Die SPD will schrittweise um die bestehenden fünf Technologiezentren herum Technologieparks aufbauen. Sie sollen die Attraktivität Mecklenburg-Vorpommerns sowohl für Neuansiedlungen als auch für Existenzgründungen erhöhen. Ein Landestechnologiekonzept wird die Entwicklungspotentiale unseres Landes offenlegen und gezielt der Anwerbung überregionaler deutscher und europäischer Forschungsinstitute dienen. Die Förderung innovativer Produktideen wird zukünftig unter dem Aspekt der ökologischen Umgestaltung von Industrie und Landwirtschaft betrieben. Die SPD wird dabei auf praktische Erfahrungen mit der Technologiepolitik in den Technologiezentren zurückgreifen, die wesentlich von Sozialdemokraten geprägt wurden.

Grundsätzlich steht Mecklenburg-Vorpommern für alle zukunftsorientierten Branchen offen. Dabei können sich an einigen Standorten natürliche Schwerpunkte in bezug auf die Schlüsseltechnologien wie Umwelt-, Kommunikations-, Energie- und Biotechnologien herausbilden.

**Umweltfreundliche Produkte
vorrangig fördern**

Die ersten Schritte nach der Regierungsübernahme

- Aufstockung der technologierelevanten Haushaltstitel auf 50 Millionen DM.
- Schaffung eines „Technologiefonds Mecklenburg-Vorpommern“ unter Beteiligung des Landes.
- Schaffung von Technologieparks um die bestehenden fünf Technologiezentren herum.

Förderung regional bedeutsamer Unternehmen

Die Ausgangslage

**Treuhand hat
schlampig gearbeitet und
fahrlässig gehandelt**

Nachdem die Werften, die Deutsche Seereederei Rostock und die ELBO-Baugruppe privatisiert worden sind, befinden sich zur Zeit nur noch wenige bedeutsame sanierungsfähige Unternehmen im Bestand der Treuhandanstalt. Viele der bereits privatisierten Unternehmen haben Schwierigkeiten, sich am Markt zu behaupten. Verschiedene kleine und mittelständische Unternehmen sind von der Treuhandanstalt nicht wettbewerbsfähig privatisiert worden. Auf einigen lasten Altschulden, die Investitionen verhindern und sie in den Konkurs treiben. Dies gilt besonders für Unternehmen, die durch Management-buy-out privatisiert wurden.

Die Ziele

Die Unternehmen begleiten

Die regional bedeutsamen Unternehmen, die bis Ende 1994 durch die Treuhandanstalt nicht privatisiert werden, sind in Management-KGs bzw. Industrieholdings zu sanieren. Für fehlerhafte Privatisierung bleibt die Treuhandverantwortung weiterhin bestehen. In der Nachprivatisierungsphase müssen die Unternehmen weiterhin vom Land begleitet werden.

Die Maßnahmen

Lohnkostenzuschüsse

Mit Hilfe des Ankerprojekts sind den Unternehmen im Zuge der Privatisierung die Fördermöglichkeiten des Landes voll zu eröffnen. Neben dem Investitionszuschuß nach der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur müssen Projekte im Bereich der Forschung und der Fortbildung der Mitarbeiter unterstützt werden. Dazu treten Personalkostenzuschüsse für neu eingestellte Mitarbeiter und die finanzielle Unterstützung zur Beseitigung ökologischer Altlasten in der Betriebsstätte und in den Landesbürgschaften. Früh privatisierte Unternehmen sind häufig benachteiligt worden. Deshalb müssen die Altschulden privatisierter Unternehmen, die zu einem Entwicklungshemmnis geworden sind, in langfristige, zinsverbilligte Kredite umgewandelt werden.

Der erste Schritt nach der Regierungsübernahme

**Das Ankerprojekt
ausbauen**

Für die inzwischen privatisierten regional bedeutsamen Unternehmen werden wir das Anker-Projekt weiterentwickeln, indem wir die unternehmensinterne Technologieentwicklung fördern und die Unternehmen in der Nachprivatisierungsphase weiter begleiten. Dazu ist auch ein Beitrag des Bundes erforderlich.

Mittelstandspolitik

Die Ausgangslage

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in den alten Bundesländern bilden 80 Prozent aller Lehrlinge aus, beschäftigen 64 Prozent aller Arbeitnehmer, tätigen 44 Prozent aller Investitionen und erarbeiten 41 Prozent des Sozialprodukts.

In Mecklenburg-Vorpommern stellen diese Unternehmen 90 Prozent der Arbeitsplätze und 80 Prozent des Sozialprodukts. Diese Struktur ist aber die Folge des industriellen Zusammenbruchs. Die großen Industrieunternehmen sind auf Mittelstandsgröße zusammengeschrumpft. Nach dem Existenzgründungsboom 1991/92 hat sich die Anzahl der Gesamtvollstreckungsverfahren von jungen Unternehmen 1993 im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdreifacht. Im ersten Halbjahr 1993 standen im Landesdurchschnitt 1,7 Gewerbeanmeldungen eine Gewerbeabmeldung gegenüber.

Während in den alten Bundesländern Management-by-out-Firmen kaum eine Rolle spielen, gibt es in unserem Land inzwischen 360 Unternehmen, bei denen das Management das eigene Unternehmen im Privatisierungsprozeß übernommen hat.

Viele dieser jungen Unternehmen kranken an einer zu geringen Eigenkapitaldecke und an nicht ausreichenden Sicherheiten. Sie haben infolgedessen Liquiditätsprobleme. Hinzu kommen fehlende Managementenerfahrung, fehlender Zugang zu Entwicklungskapazitäten und fehlende Erfahrung auf fremden Märkten.

Kleine und mittlere Unternehmen als wichtige Pfeiler unserer Wirtschaft

Die Ziele unserer Mittelstandspolitik

Ziel unserer Mittelstandspolitik ist es, mittelständische Strukturen in der Wirtschaft aufzubauen, nachhaltig zu stärken und Wachstumsperspektiven zu sichern. Auch deshalb, weil ein florierender Mittelstand als Zulieferer für die Industrie unverzichtbar ist.

Dem Mittelstand Wachstumsperspektiven geben

Die Maßnahmen

Damit die kleinen und mittelständischen Unternehmen gegen die Großen eine Chance am Markt haben, werden wir sinnvolle Kooperationsformen unterstützen und die Technologietransfereinrichtungen im Lande stärken.

Im Hinblick auf den Autobahnbau werden neben der Ausschreibung in Teilen gerade Kooperationsformen wie Anbietergemeinschaften für unsere einheimischen Unternehmen von besonderer Bedeutung sein.

Beim Autobahnbau Vorrang für einheimische Unternehmen

Tourismus

Die Ausgangslage

Die Kräfte des Marktes reichen nicht

Private und öffentliche Einrichtungen des Tourismus entsprechen oftmals nicht internationalen Standards. Das Preis-Leistungsverhältnis ist häufig unbefriedigend. Die Kräfte des Marktes allein reichen nicht aus, um den Tourismus aufzubauen. Zudem können sie in die Naturzerstörung münden und damit den Tourismus seiner wichtigsten Voraussetzung berauben.

Die Ziele unserer Tourismuspolitik

Arbeit und Einkommen für die Einheimischen

Wir Sozialdemokraten werden den Tourismus als Wirtschaftszweig konsequent ausbauen, um Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Küste, Wälder und Seen, Bäderarchitektur, Backsteingotik und Alleen allein fördern noch keinen Tourismus. Genauso wichtig ist es, ein Schlechtwetterangebot für den Gast bereitzuhalten. Tourismus muß nicht nur wirtschaftlich erfolgreich, sondern vor allem auch sozial verantwortlich und umweltverträglich sein.

Die Maßnahmen

Nur sanfter Tourismus hat Zukunft

Fördermittel werden in Zukunft nur für umweltverträgliche Projekte bereitgestellt. Die SPD strebt an, daß Anreise und Mobilität im Urlaubsgebiet mit öffentlichen Verkehrsmitteln möglich sind.

Wir werden familien- und kindergerechte touristische Angebote in gemeinnützigen Ferieneinrichtungen unterstützen sowie behindertenfreundliche Ferien und behindertengerechtes Reisen fördern. Zudem wollen wir den nationalen und internationalen Jugendtourismus fördern.

Die SPD wird die Werbung für Mecklenburg-Vorpommern im In- und Ausland vorantreiben, die Verbesserung der Organisationsstruktur des Fremdenverkehrs unterstützen, die mittelständische Tourismuswirtschaft stärken, das Kur- und Bäderwesen fördern.

Die ersten Schritte nach der Regierungsübernahme

Ausbildung im Tourismus stärker fördern

■ Die SPD wird dazu beitragen, die Anzahl betrieblicher Ausbildungsplätze für junge Leute im Berufsfeld Tourismus durch die Stärkung der Kurverwaltungen und Tourismusstellen zu erhöhen.

Weiter werden wir an einer bestehenden Fachhochschule oder Universität einen betriebswirtschaftlichen Studiengang mit dem Schwerpunkt Touristik einrichten.

■ Die Beteiligung der Tourismusverbände und Interessengruppen an der Regional- und der Kommunalplanung wird in einem Beirat gebündelt festgeschrieben.

Verkehrspolitik

Die Ausgangslage

Fast jeder dritte Erwachsene unseres Landes ist inzwischen motorisiert. Mit der sprunghaften Zunahme des Individualverkehrs hat gleichzeitig der öffentliche Personennahverkehr fast die Hälfte seiner Fahrgäste verloren. Mit 31 Verkehrstoten pro Jahr auf 100.000 Einwohner hält Mecklenburg-Vorpommern den traurigen Spitzenplatz aller deutschen Flächenländer.

Mit der endgültigen Liberalisierung des Güterverkehrs in der Europäischen Gemeinschaft wird sich die Verlagerung des Verkehrs von der Bahn auf die Straße noch verstärken.

Die Verantwortung der Landesregierung für den Schienen- und öffentlichen Personennahverkehr war in der Vergangenheit kaum zu erkennen. Sie ist durch falsche Weichenstellung auch für die Unfallentwicklung verantwortlich.

**Spitze sind wir leider
nur bei Unfällen**

Die Ziele unserer Verkehrspolitik

Für die wirtschaftliche Entwicklung ist eine effiziente Verkehrsinfrastruktur von entscheidender Bedeutung. Neben dem Bau der A 20 brauchen wir die Anbindung unserer Zentren an schnellfahrende Züge. Die Anbindung unserer Häfen an das Hinterland muß wesentlich verbessert werden, um deren Standortvorteil für den Handel mit den Ostseeanrainerstaaten voll ausschöpfen zu können. Wir wollen den moderaten Ausbau einiger weniger Regionalflughäfen. Wirtschaftliche Notwendigkeit und der berechtigte Wunsch nach individueller Bewegungsfreiheit müssen aber mit dem Schutz von Leben und Umwelt in Einklang gebracht werden. Sozialdemokratische Verkehrspolitik fördert daher gezielt den Schienenverkehr, den Bau von Ortsumgehungen und öffentliche Verkehrssysteme. Wir wollen den schienenungebundenen regionalen Personenverkehr sichern. Wir werden uns für einen Zwischenhalt der Magnetschwebbahn Hamburg-Berlin im westmecklenburgischen Raum einsetzen. Desweiteren setzen wir uns dafür ein, daß auch nach der Fertigstellung der Strecke die Betreibergesellschaft des Transrapid nach Mecklenburg-Vorpommern kommt. So wollen wir mit diesem hochmodernen Verkehrsmittel Schwerin als auch Mecklenburg-Vorpommern infrastrukturell für die Erfordernisse des kommenden Jahrtausends rüsten und dauerhaft Arbeitsplätze für unsere Region sichern.

**Verkehrspolitik ist
nicht nur Straßenbau ...**

**... sondern auch
Wirtschaftsfaktor**

Mit mehr Konsequenz als bisher muß in den Städten im Interesse der Steigerung der Lebensqualität der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) gefördert werden.

Die Maßnahmen

Im Stadtverkehr legen wir den Schwerpunkt auf einen attraktiven und bezahlbaren öffentlichen Personennahverkehr. Dieser ist mit dem Vorort- und Regionalverkehr und mit dem Fahrrad- und Fußgängerverkehr zu einem durchgängigen Stadtverkehrssystem zu verknüpfen.

Wir werden Modellprojekte für menschengerechte Stadtverkehrslösungen unterstützen und Verkehrsverbände fördern. Mit regionalen Verkehrssystemen werden wir auch für den ländlichen Raum ein besseres öffentliches Verkehrsangebot schaffen. Für den Überlandverkehr ist eine sinnvolle Kombination von Schiene, Straße und Schiff notwendig. In Verkehrsknotenpunkten müssen deshalb Güterverkehrs- und Gütergewerbezentren eingerichtet werden, die über Gleisanschlüsse verfügen.

**Intelligente Verzahnung von
Auto-, Bahn- und Schiffsverkehr**

Die ersten Schritte nach der Regierungs- übernahme

Mit einem Landes-ÖPNV-Gesetz werden wir den finanziellen Zuschuß für die Kommunen regeln und dabei die Zahlungen investitionsgebundener Zuschüsse an die Verkehrsunternehmen erhöhen. Ein gemeinsames, abgestimmtes Handeln von Kommunal- und Landespolitik kann hier erste Abhilfe schaffen.

Notwendig sind die Entschärfung von Unfallschwerpunkten, die konsequente Überwachung des Verkehrsverhaltens, verkehrsberuhigende Maßnahmen, Aufklärungs- und Erziehungsarbeit sowie hartes Durchgreifen gegen Verkehrsrowdies.

Aktive Arbeitsmarktpolitik

Die Ausgangslage

Die Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern betrug im Dezember 1992 1.865.000 Einwohner. Davon gingen 698.487 Menschen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. 37.135 Arbeitnehmer suchten sich eine Arbeit außerhalb der Landesgrenzen. Im Oktober 1993 waren 147.000 Arbeitnehmer arbeitslos und 193.000 Menschen befanden sich in einer beruflichen Qualifizierung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, Kurzarbeit, Altersübergang oder im Vorruhestand. Die Arbeitslosenquote für Frauen ist mit 22,0 Prozent wesentlich höher als die der Männer (12,4 Prozent). Die regionale Verteilung der Arbeitslosigkeit ist durch ein deutliches Ost-West-Gefälle in Mecklenburg-Vorpommern geprägt. Über 40 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns sind vom normalen Erwerbsleben ausgeschlossen.

Die wirkliche Arbeitslosigkeit liegt über 40 Prozent

Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern hat im Herbst 1992 im Bundesrat der Reduzierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik zugestimmt und im Dezember 1993 weitere Kürzungen bei der Bundesanstalt für Arbeit mitgeschlossen. Diese von der Landesregierung mitgetragenen Sparbeschlüsse nehmen vielen Menschen die berufliche Perspektive. Durch diese Entscheidung ist die notwendige Planungssicherheit für den zweiten Arbeitsmarkt weggefallen. Betroffen sind neben den Arbeitnehmern die Wohlfahrtsverbände, gemeinnützige Vereine sowie Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften und Bildungsträger.

Die Ziele und Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik

Wirtschaftliches Wachstum allein, das hat die Vergangenheit gezeigt, kann die Arbeitslosigkeit nicht auf ein erträgliches Maß senken. Deshalb bleibt weiterhin ein hoher arbeitsmarktpolitischer Handlungsbedarf im Land bestehen. Die aktive Arbeitsmarktpolitik muß grundsätzlich auf das Ziel der Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet sein. Dazu bedarf es einer engeren Verzahnung mit der Wirtschafts-, Struktur-, Technologie- und Regionalpolitik. Die Effizienz einer aktiven Arbeitsmarktpolitik hängt vom intelligenten Maßneneinsatz ab, um Arbeit zu schaffen, statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Ziel der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist:

- der Ausbau präventiver Arbeitsmarktpolitik, um drohender Arbeitslosigkeit bereits im Vorfeld zu begegnen;
- die Durchlässigkeit zwischen dem öffentlich geförderten Arbeitsmarkt und dem ersten Arbeitsmarkt zu verbessern;
- gezielte Programme zur Reintegration von Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängern.

Mittels einer Gesetzesinitiative in Bonn will die SPD dem Ziel der Vollbeschäftigung wieder Vorrang einräumen. Zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik gehört neben der Schaffung von Arbeitsplätzen auch die Qualifizierung der Arbeitnehmer. In Zukunft wird nur noch jeder zehnte Arbeitsplatz von Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung besetzt werden können.

Die SPD will die Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik ändern. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit gehen die Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit zurück, gleichzeitig steigen aber die Ausgaben für Arbeitslosengeld. Deshalb fordern wir Sozialdemokraten die Ablösung des Arbeitsförderungsgesetzes durch ein Arbeits- und Strukturförderungsgesetz.

Kernelemente dieses Gesetzes sind:

- Eine stärkere Betonung der aktiven Arbeitsmarktpolitik mit dem Ziel der Vollbeschäftigung.
- Senkung der Lohnnebenkosten, indem die aktive Arbeitsmarktpolitik nicht über die Arbeitslosenversicherung, sondern über Steuern finanziert wird.

Arbeitsplätze sind zu wichtig, um sie allein dem Markt zu überlassen

Arbeit bezahlen, nicht Arbeitslosigkeit

**Frauen nicht länger
benachteiligen**

- Dadurch können die Versicherungsbeiträge gesenkt und die Unternehmen entlastet werden.
- 50 Prozent des Haushaltes der Bundesanstalt für Arbeit soll in Zukunft für aktive Arbeitsmarktpolitik vorgesehen werden.
 - Die SPD lehnt die Privatisierung der Arbeitsvermittlung ab. Die Bundesanstalt für Arbeit muß entbürokratisiert und dezentralisiert werden. Örtliche Arbeitsämter sollen größere finanzielle Kompetenz bekommen. Die finanziellen Mittel der Arbeitsmarktpolitik und der Strukturpolitik müssen gebündelt den Regionen zugute kommen.
 - Die Förderung erwerbsloser Frauen muß Vorrang erhalten. Die Arbeitsämter haben darauf zu achten, daß die Förderung für Frauen mit denen für Männer von Qualität und Umfang her gleichwertig ist. Eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Frauenförderung spielt dabei die Frauenbeauftragte der Arbeitsämter. Ihre Kompetenz ist entsprechend auszuweiten.
 - Die vom technologischen und strukturellen Wandel besonders betroffenen Unternehmen sollen eine Förderung für Maßnahmen der innerbetrieblichen Qualifizierung erhalten. Die Förderung steht in erster Linie Klein- und Mittelbetrieben sowie Handwerksbetrieben zur Verfügung.

Arbeitsmarktpolitik in Mecklenburg-Vorpommern

Arbeitsmarktpolitik ist nicht nur Sozialpolitik, sondern hilft Wirtschafts- und Infrastruktur sowie die Lebensverhältnisse im Land zu verbessern. Die Arbeit der ca. 90 Arbeitsförderungsgesellschaften in Mecklenburg-Vorpommern hat dies in den letzten Jahren deutlich gezeigt. Ein großes Hindernis für integrierte Beschäftigungspolitik ist Ressortegoismus in verschiedenen Ministerien der gegenwärtigen CDU/FDP-Regierung. Sozialdemokraten werden mit Übernahme der Regierungsverantwortung darangehen, eine „Beschäftigungspolitik aus einem Guß“ zu organisieren.

Neues Programm „Arbeit für Mecklenburg-Vorpommern“

Dies soll folgende Elemente enthalten:

■ Vorbeugende Struktur- und Arbeitsmarktpolitik

Es ist unmenschlich und wirtschaftlich unsinnig, mit den Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik erst zu beginnen, wenn Menschen bereits längere Zeit arbeitslos sind. Maßnahmen der beruflichen Qualifizierung und Arbeitsförderung, aber auch Technologieförderung müssen näher an die Betriebe gebracht werden.

■ Zielgruppenorientierte Arbeitsmarktpolitik

Oberstes Ziel für arbeitslose Menschen ist ihre möglichst rasche Eingliederung in dauerhafte Arbeit. Frauen, Langzeitarbeitslose, gesundheitlich Beeinträchtigte, Schwerbehinderte, Ältere bedürfen einer besonderen Förderung in Maßnahmen von Arbeit und Qualifizierung. Dazu sind alle möglichen Mischformen der Förderung zu nutzen.

■ Arbeit und Qualifizierung statt Sozialhilfe

Die Politik der sozialen Kälte hat dazu geführt, daß immer mehr Menschen auf Sozialhilfe angewiesen sind. Die Landesregierung hat bundespolitisch keinen entscheidenden Widerstand geleistet gegen die Umverteilung zu Lasten der Kommunen. Die SPD sagt: „Arbeit statt Sozialhilfe.“

Effiziente Koordinierung der Regional- und Strukturpolitik und der regionalen Entwicklungsgesellschaften

Die regionalen Entwicklungsgesellschaften haben alle wirtschaftsfördernden Aktivitäten zu unterstützen. Dabei haben sie in Verbindung mit den Arbeitsamtsbezirken die Mittel der Bundesanstalt für Arbeit effektiv für die

Strukturentwicklung, Sanierung von Industriebrachen sowie nicht mehr benötigter Militäreinrichtungen und der Umweltverbesserung einzusetzen. Vorhandene Entwicklungskonzepte sind zu fördern und weiter zu begleiten. Hierbei sind Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften in schwach industrialisierten Regionen zu nutzen bzw. aufzubauen.

Durch die effiziente Koordinierung unterschiedlicher arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen auf Landesebene sowie der beruflichen Qualifizierung sind in Abstimmung mit Investoren Arbeitnehmer zielgerichtet auf ihren späteren Einsatz vorzubereiten. Existenzgründungen und Projekte aus dem Umfeld der Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften werden von der Landesregierung begleitet und über Management- und Marketingschulung aktiv unterstützt.

Bei notwendigen Entlassungen oder beschäftigungswirksamen Veränderungen von Unternehmen sollen die regionalen Entwicklungsgesellschaften bei der Gestaltung dieses Prozesses hinzugezogen werden. Sie haben nach Qualifizierungsmaßnahmen und Weiterbeschäftigungsmöglichkeiten zu suchen oder zumindest Entlassungen sozialverträglich gestalten zu helfen.

■ Förderung von ABS-Gesellschaften

ABS-Gesellschaften sind ein wichtiges und erfolgreiches Instrument, um Arbeitsmarktpolitik und regionale Strukturpolitik erfolgreich miteinander zu verbinden.

Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, Beteiligung an der regionalen Strukturförderung sowie Vorbereitung von Unternehmensgründungen sind weiterhin unverzichtbare Beiträge zur Wirtschaftsentwicklung und zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes. Künftig hinzukommende arbeitsmarktpolitische Instrumente wie Soziale Betriebe mit erwerbswirtschaftlicher Orientierung sowie Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramme für Sozialhilfeempfänger können vor Ort auch durch ABS-Gesellschaften umgesetzt werden.

Ein sozialdemokratisches Landesprogramm „Arbeit für Mecklenburg-Vorpommern“ wird ABS-Gesellschaften institutionell fördern und effektivieren.

■ Soziale Betriebe für Sozialhilfeempfänger und Langzeitarbeitslose

Soziale Betriebe organisieren für Sozialhilfeempfänger und Langzeitarbeitslose über eine befristete Zeit eine am Markt orientierte und mit einer Qualifikation verbundene Arbeit auf freiwilliger Basis. Diese Arbeit soll die Vermittlungschancen in ein Arbeitsverhältnis auf dem 1. Arbeitsmarkt verbessern. Gleichzeitig ist ein Anspruch auf Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz herzustellen.

Soziale Betriebe beschäftigen nur die genannten Zielgruppen und betreuen diese sozialpädagogisch. Es besteht ein versicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis mit einer Förderzeit von bis zu drei Jahren.

Neben kommunalen Eigengesellschaften sowie kirchlichen Eigenbetrieben können eingetragene Vereine sowie die Wohlfahrtsverbände als Träger in Betracht kommen.

■ Ein Landesprogramm „Arbeit und Qualifizierung für Arbeitslose“

Das Landesprogramm „Arbeit und Qualifizierung für Arbeitslose“ unterstützt leistungs- und qualifizierungsbezogen bezahlte Beschäftigungsverhältnisse und Qualifizierungsmaßnahmen bei Kreisen und kreisfreien Städten sowie in Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften. Von besonderer Bedeutung sind am Arbeitsmarkt orientierte Projekte, die durch Stammkräfte langfristig angeleitet werden. Die Zeitdauer der Beschäftigung hat für den Arbeitnehmer einen Anspruch nach dem Arbeitsförderungsgesetz zu ermöglichen. Ziel der Projektförderung muß eine Ausgründung in die Selbständigkeit sein. Der Erfolg dieser Arbeitsmarktpolitik setzt den Konsens aller gesellschaftlichen Gruppen voraus. Die SPD will alles tun, diesen Konsens herbeizuführen.

■ Verbesserung der Weiterbildung

Eine gut qualifizierte Arbeitnehmerschaft ist eine der Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes. Qualifizierung nutzt auch der Wirtschaft. Wir Sozialdemokraten wollen daher Arbeitnehmern die Mög-

lichkeit geben, sich allgemein und beruflich nach eigener Wahl weiterzubilden. Die Bildungsfreistellung ermöglicht es, auch längere Kompaktkurse der beruflichen Weiterbildung zu besuchen.

■ **Besondere Förderung von arbeitslosen Frauen**

Die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt muß gerade für arbeitslose Frauen oberstes Ziel bleiben. Um mehr Arbeitsplätze zu schaffen, muß unter anderem über andere Arbeitszeitmodelle diskutiert werden. Qualifizierte Teilzeitarbeit mit existenzsichernder Bezahlung ist eine Möglichkeit, Arbeit auf mehr Menschen zu verteilen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird erste Schritte dazu in den Landesbehörden und im öffentlichen Dienst einleiten.

Arbeit im ländlichen Raum

Die Ausgangslage

Über 90 Prozent des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist als ländlicher Raum zu bezeichnen. Auf dem Land lebt mehr als die Hälfte der Einwohner. 80% der Beschäftigten in der Agrarwirtschaft haben mit der Umstrukturierung der Landwirtschaftsbetriebe ihren Arbeitsplatz verloren. Die Arbeitslosigkeit, insbesondere die Frauenarbeitslosigkeit, ist auf dem Land wesentlich höher als in den Zentren.

Abwanderung aus dem ländlichen Raum ist deshalb nicht gänzlich zu vermeiden. Wir wollen aber verhindern, daß ganze Landstriche veröden. Junge Menschen bleiben nur dann in ihren Dörfern, wenn

- in vertretbarer Entfernung ein Arbeitsplatz mit angemessenen Verdienstmöglichkeiten zur Verfügung steht, der auch durch öffentliche Verkehrsmittel zu erreichen ist,
- sie an vorhandenes oder zu bildendes Wohneigentum gebunden sind oder bezahlbarer Mietwohnraum im ländlichen Raum zur Verfügung steht,
- sich ein attraktives Wohnumfeld innerhalb des Dorfes entwickelt und
- die Grundversorgung für den täglichen Bedarf sowie eine Basisinfrastruktur in ländlichen Zentralorten bzw. Unterzentren gesichert sind.

Durch Abwanderung droht Verödung

Die Ziele

Der ländliche Raum muß als Wirtschaftsraum für örtliches Gewerbe und Dienstleistungsbetriebe, für die Land- und Forstwirtschaft und für die Nahrungsgüterindustrie gesichert und entwickelt werden. Gleichzeitig müssen wir die Natur erhalten und vorhandene Erholungsräume für den Aufbau eines umweltverträglichen Tourismus nutzen.

Ländlicher Raum bleibt Wirtschaftsraum

Die Maßnahmen

Im ländlichen Raum muß sich die Wirtschaftsförderung an der örtlichen Situation und am örtlichen Bedarf orientieren. Neu einzurichtende Gewerbegebiete werden nur in kleineren Abschnitten gefördert. Im ländlichen Raum müssen verstärkt Möglichkeiten zur Erzielung von Mehrfacheinkommen geschaffen werden. Klassische Beispiele sind hier Nebenerwerbslandwirte oder die Kombination verschiedener Dienstleistungen in Nachbarschaftsläden.

Mehrfacheinkommen schaffen

Die ersten Schritte nach der Regierungsübernahme

Damit die Infrastrukturmaßnahmen zielgerichtet in Angriff genommen werden können, werden wir freiwillige Zusammenschlüsse von Gemeinden zu Planungsverbänden fördern, um Parallelplanungen zu vermeiden.

Wir werden die Gründung einer Marketinggesellschaft anregen, die eine Absatzstrategie für landwirtschaftliche Produkte entwickeln soll.

Wir werden die Veredlung landwirtschaftlicher Produkte fördern.

Ausbildungs- und Beschäftigungsgarantie für Jugendliche unter 20 Jahren

Garantie für einen guten Start

Allen Jugendlichen unter 21 Jahren aus Mecklenburg-Vorpommern wird ein Ausbildungsplatz nach Beendigung der Schulzeit und nach abgeschlossener Erstausbildung eine Beschäftigung von einem Jahr garantiert. Voraussetzung dafür ist, daß die Jugendlichen spätestens nach einem Jahr nach Beendigung ihrer Schulzeit eine Ausbildung aufnehmen. Junge Menschen dürfen nach Abschluß der Schulzeit bzw. Ausbildung nicht auf Sozialhilfe angewiesen sein. Hierzu wird zusammen mit den Arbeitgebern, den Gewerkschaften, den Kommunen, den Kammern, Arbeitsämtern eine Gemeinschaftsinitiative gebildet.

Garantiert werden

- Förderung der beruflichen Ausbildung durch zielgerichtete Programme;
- Förderung der Ausbildung von Mädchen in zukunftsträchtigen Berufen und frühzeitige Beratung in Schulen und Arbeitsämtern, um einer einseitigen Berufsorientierung entgegenzuwirken.
- Fortsetzung des Bund-Länder-Programms zur außerbetrieblichen Ausbildung mit Orientierung auf eine praxisnahe Ausbildung;
- Unterstützung von Trägern, die sich der Berufsausbildung schwervermittelbarer Jugendlicher widmen.

Energiepolitik

Die Ausgangslage

Die begrenzten Energieressourcen und die drohende Klimakatastrophe zwingen zur Umorientierung der Energieversorgung. Mecklenburg-Vorpommern ist ein windreiches Küstenland. In 1000 bis 2500 Metern Tiefe gibt es hochporöse thermalwasserführende Sandsteinschichten. Hinzu kommt ein bisher nur ungenügend ausgenutztes Potential an Wasserkraft.

**Im Land steckt
eine Menge Energie**

Die Ziele unserer Energiepolitik

Ziel sozialdemokratischer Energiepolitik ist nicht nur eine sichere und preisgünstige sondern auch eine ressourcenschonende und umweltverträgliche Energieversorgung. Dabei muß die Energieversorgung alle Möglichkeiten zur Wertschöpfung im eigenen Land nutzen. Der Anteil alternativer Energieträger ist schrittweise zu erhöhen. Besonderes Augenmerk legen wir auf die Energieeinsparung.

Die Maßnahmen

Wir wollen natürliche Energiequellen nutzen, auch wenn sie nur kleinere Beiträge leisten können.

Natürliche Energie nutzen

Die SPD unterstützt die Kommunen beim Aufbau dezentraler Energieversorgungsstrukturen auf der Basis der Kraft-Wärme-Kopplung. Dabei darf es nicht zu einer spürbaren Benachteiligung der Versorgung im ländlichen Raum bei der Preisgestaltung und der Sicherheit kommen.

Zur Sicherheit der Energieversorgung gehört die Gefahrenminimierung für den Atomstandort Lubmin. Die SPD lehnt jeglichen Neu- oder Ersatzbau eines Kernkraftwerkes auf der Basis Kernspaltung in Mecklenburg-Vorpommern und am Standort Lubmin ab. Die Stilllegung und der Abriß des ehemaligen Kernkraftwerkes hat nach den höchsten Sicherheitsanforderungen zu erfolgen. Das geplante Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente muß entsprechend dem Bedarf dimensioniert werden und darf nur für die Zwischenlagerung der atomaren Abfälle aus den stillgelegten Kernkraftwerken Greifswald/Lubmin und Rheinsberg dienen.

Den Atomausstieg sichern

Zur Durchsetzung dieser Ziele werden die Vorgänge in und um den Atomstandort transparent gemacht. Eine weitgehende Öffentlichkeitsbeteiligung bei den Genehmigungsverfahren und die Einbeziehung atomkritischen Sachverständigen in die Sicherheitsüberprüfungen sollen die Transparenz gewährleisten. Das Ziel eines sparsamen Umganges mit Energie kann im Rahmen der Landesgesetzgebung durch ein eigenes Landesenergiespargesetz umgesetzt werden. Ein solches Gesetz kann bei privaten Eigentümern Energiesparmaßnahmen durch Förderung, insbesondere in Form von Investitionszuschüssen, anregen.

**Keine Geheimniskrämerei
in der Atompolitik**

Die ersten Schritte nach der Regierungsübernahme

Die Landesregierung hat nach drei Jahren immer noch kein endgültiges Energiekonzept vorgelegt. Wir holen das schleunigst nach. Den Mitteleinsatz für Umwelttechnologien und Energietechniken wollen wir verstärken und davon ein Windenergieprogramm auflegen. Wir werden weitere Geothermieprojekte anstoßen.

Sicherheit

Die Ausgangslage

Die Konservativen verstehen unter Sicherheit zumeist nur die innere Sicherheit. Selbstverständlich ist der Schutz der Bürger vor Straftaten eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Hierauf haben die Menschen in unserem Land einen Anspruch.

Wir Sozialdemokraten gehen jedoch von einem umfassenderen Sicherheitsbegriff aus. Innere und soziale Sicherheit bilden für uns eine Einheit. Die Bürger erwarten nicht nur die Gewährleistung der inneren Sicherheit. Sie erwarten mit dem gleichen Recht die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze und ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit.

Die Sorge der Menschen um ihre Sicherheit ist groß. Viele haben Angst, Opfer von Straftaten zu werden, den Arbeitsplatz zu verlieren, ins soziale Abseits zu rutschen oder ihre Wohnung nicht mehr bezahlen zu können.

Diese Ängste beruhen nicht zuletzt auf den Erfahrungen, die wir als gelernte DDR-Bürger in der Bundesrepublik bisher gesammelt haben.

Wer in der DDR den Erwartungen des Staates entsprach, der konnte ein ruhiges durchgeplantes Leben führen, ohne Risiken für seine soziale Situation aber auch ohne die Chance aus der Masse herauszutreten, um eigene Vorstellungen vom Leben zu verwirklichen. Die sozialen „Errungenschaften“ der DDR waren aber nicht finanzierbar. Sie führten zum wirtschaftlichen Zusammenbruch.

In der DDR bekämpfte man Kriminalität auch mit Methoden, die einem Rechtsstaat widersprechen. So griff der Staat gegen vermeintliche Verbrecher scheinbar hart durch. Aber auch jeder Einzelne war gegenüber der Staatsmacht weitgehend wehrlos. Behördenentscheidungen, etwa die begehrte Reisegenehmigung, hingen oft vom Wohlverhalten des Antragstellers ab. Wir waren oft der Willkür der Bürokratie ausgeliefert. Das ist im Rechtsstaat jetzt anders. Wir haben Rechtsansprüche, die wir gegebenenfalls bei unabhängigen Gerichten einklagen können.

Jetzt sind die Freiheiten für den Einzelnen und damit leider auch die Risiken erheblich gestiegen. Die Chancen im neuen System sind ungleich verteilt. Durch Marktwirtschaft und Rechtsstaat ist die Fürsorge, jedoch auch die Kontrolle durch den Staat zurückgegangen. Einige skrupellose Geschäftemacher haben gerade in den neuen Bundesländern die Bundesrepublik als eine kalte Ellenbogengesellschaft eingeführt.

Auch wir Sozialdemokraten müssen zur Kenntnis nehmen, daß umfassende Sicherheit für die Menschen in einer freien Gesellschaft schwer zu erreichen ist. Aber wir werden ein möglichst hohes Maß an Sicherheit für jeden Einzelnen anstreben.

Innere und soziale Sicherheit stehen dabei in einem unmittelbaren Zusammenhang. Kriminalität hat Ursachen. Menschen, die sich in der Gesellschaft und Familie geborgen fühlen und klare Zukunftschancen haben, werden sich nicht ohne Not durch die Begehung von Straftaten an den Rand der Gesellschaft begeben. Es ist deshalb besonders wichtig, daß gerade den Jugendlichen eine Lebensperspektive aufgezeigt wird. Wer einen Ausbildungsplatz hat, für ein Auto oder eine Reise spart und auch sonst Pläne macht, der wird diese nicht leichtfertig auf das Spiel setzen und sich überlegen, eine Straftat zu begehen. Wer jedoch vom Leben ohnehin nicht viel zu erwarten hat und orientierungslos ist, der kann auch nichts verlieren und sucht womöglich bei der Begehung von Straftaten Anerkennung und Erfolg.

Unsere Politik für die Jugend ist deshalb der beste und wichtigste Beitrag für die innere Sicherheit in Mecklenburg-Vorpommern. Dazu gehört die Ausbildungs- und Arbeitsplatzgarantie für Jugendliche (A 8) und die Schaffung von sinnvollen Möglichkeiten für die Freizeitbeschäftigung (D 2).

**Zum Rechtsstaat
gibt es keine Alternative**

**Kriminalität hat
oft soziale Ursachen**

Alltagskriminalität

Die Ausgangslage

Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern haben große Angst davor, Opfer von Alltagskriminalität zu werden. Viele Frauen trauen sich nach Einbruch der Dämmerung nicht mehr auf die Straße. Autofahrer fürchten den Diebstahl ihres mühsam ersparten Fahrzeugs. Rentner sorgen sich vor Räubern, Trickbetrügern und Einbrechern.

Leider sind diese Ängste nicht völlig unbegründet. In Mecklenburg-Vorpommern werden unter der CDU-geführten Landesregierung im Vergleich zu den anderen Flächenländern der Bundesrepublik die meisten Straftaten pro Kopf der Bevölkerung begangen. Das Ausmaß der Straftaten junger Straftäter nimmt erschreckend zu.

**Trauriger Rekord
bei Straftaten**

Die Ziele

Das Ziel unserer Politik ist die Eindämmung von Kriminalität und die Reduzierung von Gewalt, Diebstahl und Vandalismus. Das staatliche Gewaltmonopol muß gesichert sein. Bürgerwehren lehnen wir ab. Sicherheit darf nicht zum Privileg der Reichen werden, die sich die Dienste von privaten Sicherheitsfirmen leisten können. Konflikte müssen gewaltfrei gelöst werden. Der zunehmenden Brutalisierung der Gesellschaft ist entschieden entgegenzuwirken. Die sozialen Verhältnisse, die gerade bei Jugendlichen zu kriminellem Verhalten führen, müssen geändert werden.

**Sicherheit darf kein Luxus
für Reiche werden**

Die Maßnahmen

■ Polizei

Wir brauchen eine moderne, gut ausgebildete und ausgestattete bürgernahe Polizei. Sie muß verstärkt auf den Straßen und Plätzen unserer Städte und Dörfer zu sehen sein, um das Sicherheitsgefühl der Bürger zu verbessern.

Deshalb muß die Polizei von Aufgaben entlastet werden, die nicht unmittelbar der Verbrechensbekämpfung dienen. Obwohl dies auf Widerstände stoßen wird, halten wir eine Konzentration der Aufgaben der Polizei im Interesse der Sicherheit der Bürger trotzdem für dringend geboten.

Wir wollen alternative Modelle der polizeilichen Aufgabenstruktur prüfen und untersuchen, inwieweit Kommunen und die Justiz eigene Vollzugsbeamte beschäftigen sollten.

Dazu müssen die Kommunen finanziell angemessen ausgestattet sein. Zur Zeit werden viele Dienststunden von Polizeibeamten für sogenannte „Amtshilfe“ etwa bei der Stilllegung von Kraftfahrzeugen aufgewendet.

Die Polizeidienststellen müssen mit qualifizierten Angestellten besetzt werden, die die Vollzugsbeamten von Schreib- und Verwaltungsarbeit entlasten. Stellenkürzungen wird es bei der Polizei mit der SPD nicht geben.

Polizisten sollen Verbrecher fangen und nicht Akten verwalten. Wir werden deshalb die Verfahren überall da vereinfachen, wo dies ohne Einbuße an Sicherheit möglich ist, z.B. bei der Aufnahme von Verkehrsunfällen und bei der Bearbeitung von Massendelikten, wie zum Beispiel Warenhausdiebstahl.

Die technische Ausstattung der Polizei in Mecklenburg-Vorpommern ist noch immer verbesserungsbedürftig. Fotokopierer und Schreibcomputer müssen in ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt werden.

Die vielfältigen Aufgaben des Polizeidienstes verlangen eine gute Ausbildung, vernünftige und humane Arbeitsbedingungen und eine gerechte Bewertung der Polizeiarbeit.

Die baulichen Zustände in zahlreichen Polizeidienststellen in unserem Land sind schlecht - sie sind teilweise unzumutbar. Wir werden die knappen Baumittel im Bereich der Polizei deshalb nicht in einige wenige Vorzeigeob-

**Weniger Verwaltung,
mehr Polizei auf der Straße**

**Polizeidienst
attraktiver machen**

jekte stecken. Uns ist daran gelegen, daß in möglichst kurzer Zeit allen Beamten vertretbare Arbeitsräume zur Verfügung stehen. In einem zweiten Schritt können später dann die einzelnen Gebäude gründlich und sorgfältig saniert werden.

Der Polizeidienst muß attraktiver werden. Wir streben die verstärkte Fortführung der zweigeteilten Laufbahn an. Das heißt, wir werden in jedem Haushaltsjahr 250 Stellen des mittleren in den gehobenen Dienst führen. Das kostet Geld, aber das ist uns unsere Polizei wert. Selbstverständlich kann der Aufstieg nur nach einer umfassenden Aus- und Fortbildung erfolgen.

Verfahren beschleunigen

■ **Justiz**

Die Justiz muß sich auf Straftaten konzentrieren, die besondere Unsicherheit im Land verursachen. Das sind insbesondere Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit und das Leben. Strafe muß sein. Straftäter müssen wissen, daß sie gefaßt und dann in einem überschaubaren Zeitraum verurteilt werden. Die zügige Aburteilung nach einer Tat hat vor allem bei Jugendlichen eine abschreckende Wirkung. Deshalb müssen wir den Zeitraum zwischen Ermittlung der Tat und Eröffnung des Strafverfahrens erheblich verkürzen. Das geht nur durch eine verbesserte personelle Ausstattung der Staatsanwaltschaften und Gerichte. Die SPD wird hier insbesondere im Jugendbereich Schwerpunkte setzen. Im Strafverfahren muß den Tätern der Schaden und die Folgen ihrer Tat deutlich vor Augen geführt werden, den sie bei den Opfern angerichtet haben.

Der Strafvollzug darf nicht lediglich zur weiteren „Vervollkommnung von Verbrechen“ durch „Erfahrungsaustausch“ führen. Die Abschreckung ist nur ein Aspekt des Strafens. Strafe darf aber nicht nur die sichere Verwahrung potentieller Straftäter zwischen ihren Taten sein. Die Resozialisierung des Täters muß im Strafvollzug zumindest versucht werden.

Dabei steht für die Sozialdemokraten fest: Freiheitsentzug und Strafe können nur durch ein unabhängiges Gericht ausgesprochen werden. Das kennzeichnet den Rechtsstaat, den wir solange herbeigesehnt haben. Wenn dabei die eine oder andere Entscheidung von Gerichten in Teilen der Bevölkerung auf Unverständnis stößt, so ist es auch Aufgabe der Politik, die Zusammenhänge unseres Rechtes zu erklären und für den Rechtsstaat zu werben.

■ **Verhinderung von Kriminalität durch Vorbeugung**

Eines ist klar: Kein Politiker kann die Innere Sicherheit garantieren. Die Möglichkeiten von Polizei und Justiz haben ihre Grenzen. Wir können nicht jedes denkbare Objekt einer Straftat durch einen Polizeibeamten schützen. Auch verschärfte Strafandrohungen beeindrucken Straftäter erfahrungsgemäß wenig. Über die möglichen Folgen ihrer Tat für sich und andere denken die wenigsten Täter nach.

Unter einer SPD-Regierung wird die Verhinderung von Straftaten oberste Priorität haben. Die Politik muß hierfür werben und entsprechende Initiativen ins Leben rufen und unterstützen.

**Zeigen, wie's geht:
Erfolgreiche Initiative der SPD**

Eine Initiative gegen Diebstahl und Gewalt in den Städten und Gemeinden wird in den SPD-geführten Kommunen des Landes schon seit einiger Zeit mit Erfolg durchgeführt. In einem Gremium, das vom Landrat oder Bürgermeister geleitet wird, arbeiten hier Vertreter der Verwaltung, vornehmlich aus dem Jugend- und Sozialbereich, Polizeibeamte, Richter, Lehrer und weitere interessierte Bürger zusammen und überlegen Konzepte, mit denen in ihrer Stadt oder ihrem Dorf die innere Sicherheit verbessert werden kann. Durch die besonderen Orts- und oft auch Personenkenntnisse ist es möglich, dort anzusetzen, wo Kriminalität entsteht. Die Lösungen beziehen sich auf jeden Einzelfall und diese Arbeit erfordert einen langen Atem - aber sie lohnt.

Die SPD wird für eine aktive Nachbarschaftshilfe eintreten. Ein wachsames Auge auf Haus und Wohnung in der Abwesenheit des Hausherrn ist noch immer ein wirkungsvolles Mittel gegen Einbruch. Wir müssen uns wieder mehr um die Belange unseres Nächsten kümmern und ihm helfen, wenn es Not tut.

Auf Gruppen, die besonders anfällig für die Begehung von Straftaten sind, muß die Gesellschaft gezielt zugehen. Das gilt zum Beispiel für Jugendbanden. Die SPD wird deshalb den Einsatz von sogenannten „Streetworkern“ besonders fördern und unterstützen.

Die finanzielle Ausstattung der Kommunen für eine wirkungsvolle Sozial-, Jugend- und Kulturpolitik hängt unmittelbar mit der inneren Sicherheit zusammen.

Wer hier spart, spart am falschen Ende und fordert die Kriminalität geradezu heraus. An den Schulen muß die Erziehung auf eine friedliche Konfliktlösung ausgerichtet sein.

Die ersten Schritte nach der Regierungsübernahme

- Ausbau der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei.
- Einstellung von 30 Jugendstaatsanwälten und Jugendrichtern zur Beschleunigung der Strafverfahren gegen Jugendliche.
- Die Initiative gegen Diebstahl und Gewalt wird landesweit vorangetrieben. Zu diesem Zweck wird im Innenministerium ein Beamter benannt, der die Städte und Gemeinden bei der Einrichtung und Arbeit der Gremien zur Kriminalitätsverhütung fördert und unterstützt.

Organisierte Kriminalität

Die Ausgangslage

Kriminalität ohne Grenzen

Mit der zunehmenden Internationalisierung der Wirtschaft und dem Wegfall der Grenzen wächst leider auch die international organisierte, hochprofessionelle und arbeitsteilige Kriminalität.

Hinter „normalen“ Straftaten stehen immer häufiger organisierte Strukturen (z.B. Autodiebstahl - Autoverschiebung). Tatbegehung und Tatvorbereitung erfolgen immer häufiger länderübergreifend durch international verflochtene Tätergruppen. Der Rostocker Hafen droht zum wichtigsten Umschlagplatz für Drogen im Ostseeraum zu werden. Neben der Organisierten Kriminalität der Unterwelt (z.B. Drogenhandel, Schutzgelderpressung, Prostitution) tritt verstärkt die organisierte Kriminalität im Bereich der Weißen-Kragen-Kriminalität (z.B. Subventionsbetrug, Waffenhandel, illegaler Organhandel) sowie im Umweltbereich (illegaler Müll- und Nuklearhandel) auf.

Die Ziele

Nicht die Großen laufen lassen

Organisierte Kriminalität muß als solche erst erkannt werden. Dazu benötigt die Kriminalpolizei effektivere und modernere Strukturen, die wir schaffen werden. Die SPD will nicht die Kleinen bestrafen, während die Großen durch die Maschen der Justiz schlüpfen. Obwohl die rechtlichen Rahmen für die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität vor allem auf Bundesebene geregelt werden, müssen auch im Land die Voraussetzungen für eine effektive Polizeiarbeit in diesem Bereich geschaffen werden. Die schärfsten Gesetze zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität nützen wenig, wenn es am Geld und Personal fehlt, um die gesetzlichen Möglichkeiten auszuschöpfen.

Die Maßnahmen

Gegen „Profis“ modernste Mittel einsetzen

Die personelle und rechtliche Ausstattung der Kriminalpolizei muß verbessert werden. Seiteneinsteiger mit besonderem Fachwissen müssen über spezielle Schulungsprogramme die Möglichkeit zum Eintritt in die Polizei bekommen. Die Ermittlungsbehörden im Bereich der Wirtschaftskriminalität werden dadurch gestärkt.

Die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch mit den zuständigen Stellen in den anderen Bundesländern und im Ausland sowie mit den Finanz- und Zollbehörden muß verbessert werden (behördenübergreifende Sonderermittlungsgruppen).

Die Weiße-Kragen-Kriminalität muß durch veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen bekämpft werden: beispielsweise Senkung des Schwellenwertes für Bareinzahlungen auf 15.000 DM, Bekämpfung von Geldwäsche durch Beweislastumkehr. Ziel ist es, das gesamte rechtswidrig erlangte Vermögen einzuziehen (Motto: „Entziehe den Profit und führe ihn einem öffentlichen Zweck zu“). Der Zeugenschutz muß so verbessert werden, daß man den Betroffenen glaubhaft die Angst vor Repressalien nehmen kann, und das Schweigen um die Organisierte Kriminalität brechen kann. Der „große Lauschangriff“ ist ein Mittel unter mehreren, das mit enger zeitlicher Begrenzung der Gesprächsteilnehmer und unter Richtervorbehalt zum Einsatz gegen die Organisierte Kriminalität eingesetzt werden sollte.

Die ersten Schritte nach der Regierungs- übernahme

- Personelle und materielle Verstärkung des Bereiches Organisierte Kriminalität im Landeskriminalamt (LKA) u.a. durch die Errichtung einer Abteilung „Finanzermittlungen“ zur gezielten Bekämpfung der Geldwäsche.
- Initiativen im Bundesrat gegen die Praktiken der Geldwäsche.
- Der Umschlag in den Häfen und der Grenzübergänge werden verschärft überwacht, um zu verhindern, daß sich dort eine kriminelle Infrastruktur entwickelt (wehret den Anfängen).

Rechtsextremismus

Die Ausgangslage

Bestürzende Zunahme

Die Verunsicherung im Zuge der Wende hat viele Menschen, vor allem Jugendliche, empfänglich für rechtsextremistische Parolen und Feindbilder gemacht. Politische „Rattenfänger“ schüren den Haß gegen ausländische Mitbürger und rufen zur Gewalt auf. Gewaltverbrechen und Brandanschläge mit rechtsextremistischem Hintergrund haben in Mecklenburg-Vorpommern bestürzend zugenommen. Diese Täter müssen vom Staat entschlossen und konsequent verfolgt werden.

Die Ziele

Rechtsextremismus muß in Mecklenburg-Vorpommern konsequent bekämpft werden. Linksextremistische Gewalttendenzen werden wir genauso konsequent verfolgen.

Die Maßnahmen

Schluß mit der Verharmlosung

Kriminelle Auswüchse rechtsextremer Tendenzen müssen bekämpft werden. Die bestehenden Strafgesetze und Strafraumen sind auszuschöpfen. Straftäter müssen kurzfristig dem Richter vorgeführt werden. In den Regionen mit erhöhter rechtsextremistischer Aktivität sind bei der Polizei Sonderermittlungsgruppen zu bilden. Verbot von extremen Organisationen, soweit dies rechtlich möglich ist. Mit extremistischen Parteien muß eine politische Auseinandersetzung geführt werden. Dies verlangt staatsbürgerliche Zivilcourage von allen Demokraten.

Politische Antworten geben

Die politische Bildung sowie politische Inhalte im Schulunterricht müssen gezielt über das Funktionieren der pluralistisch-parlamentarischen Gesellschaft aufklären. Politischer Extremismus bietet einfache Lösungen für komplizierte Probleme an. Es muß deutlich werden, daß es keine einfachen Lösungen für die Probleme unserer Zeit gibt.

Der erste Schritt nach der Regierungsübernahme

Ausbau der „Soko-Extrem“, eine Sonderkommission des LKA zur Ermittlung politisch motivierter Straftaten, zu einer leistungsfähigen Einheit.

Wohnen und Mieten

Wohnen

Die Ausgangslage

In Mecklenburg-Vorpommern fehlen etwa 100.000 Wohnungen. Im Wohnungsbestand müssen jahrzehntelang vernachlässigte Bauten instandgesetzt und modernisiert werden.

Durch die nichterfolgte Übertragung von Grund und Boden, die Rückübertragungsansprüche Dritter werden Investitionen verhindert. Fehlendes preiswertes Bauland erschwert den Wohnungsbau zusätzlich. Die einkommensabhängige steuerliche Abschreibungspraxis bevorzugt die Großverdiener.

Es fehlen bisher Kategorien für die Klassifizierung von Sozialwohnungen, es liegt außerdem keine Untersuchung über den regionalen Wohnungsbedarf in Mecklenburg-Vorpommern vor. Mecklenburg-Vorpommern stellt mit 25 qm Wohnfläche je Einwohner das Schlußlicht aller Bundesländer dar. Immer mehr Jugendliche möchten schon frühzeitig ein eigenständiges Leben führen. Der Wunsch nach individuellem Wohnraum nimmt zu. Auch Alleinstehende müssen noch zum großen Teil in räumlich eingeschränkten Verhältnissen (teilweise noch zur Untermiete) wohnen.

Warum werden Großverdiener bevorzugt?

Die Ziele der Wohnungspolitik

Ziel unserer Politik ist es, mittelfristig für die unteren und mittleren Einkommenschichten ausreichend entsprechenden Wohnraum bereitstellen zu können und den Erwerb von Wohneigentum breiten Bevölkerungsschichten zu ermöglichen.

Ein weiteres Ziel unserer Politik ist, der Verödung der Innenstädte entgegenzuwirken.

Das Wohnen darf aus den Stadtzentren und Altstadtgebieten nicht verdrängt werden.

Im sozialen Wohnungsbau bedarf es mehr Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten für die Bewohner und Bewohnerinnen. Dazu gehört auch die Förderung von alternativen Wohn- und Lebensformen sowie von Wohngemeinschaften und Wohnprojekten bei Neubau, Umbau und Modernisierung von öffentlichem Wohnungsbau.

Jeder hat ein Recht auf Wohnen

Die Maßnahmen

Von großer Bedeutung ist die Schaffung von Sozialwohnungen. Das muß geschehen durch Umwandlung im Bestand und Neubau.

Ein wichtiger Faktor bei der Bereitstellung von Wohnraum ist die Schaffung von Wohneigentum. Dazu braucht man preiswertes Bauland.

Wir fordern die Einführung einer Bodenwertzuwachssteuer, um Bodenspekulationen entgegenzutreten zu können.

Die Sanierung und Modernisierung der Altbausubstanz trägt wesentlich zur Verbesserung des Wohnraumangebotes bei. Durch verstärkte Ansiedlung von Gewerbe geht immer mehr Wohnraum verloren. Um der unkontrollierten Umwandlung von Wohnraum in Gewerberaum entgegenwirken zu können, werden wir eine Zweckentfremdungsverordnung als Hilfsmittel für die Kommunen bei der Wohnraumplanung einführen.

Der Erhalt und die Neugründungen von Wohnungsgenossenschaften muß gewährleistet werden. Einen Zwang zur Privatisierung aus dem Bestand der Wohnungsgenossenschaften im Rahmen des Altschuldenhilfegesetzes lehnen wir ab.

Die begonnenen Maßnahmen der Modernisierung und Instandsetzung der Plattenbauten müssen in erheblichem Umfang fortgesetzt werden. Es ist

Mehr Sozialwohnungen

Zweckentfremdungsverordnung

Wohnungskauf auch für Normalverdiener

ein möglichst differenzierter Wohnstandard in den Plattenbauten herzustellen, um einseitigen Wohnstrukturen entgegenwirken zu können. Gleichbedeutend sind eine Verbesserung der Infrastruktur und des gesamten Wohnumfeldes, um die Attraktivität dieser Wohngebiete spürbar zu erhöhen.

Die Wohnungsbauförderung muß gerechter gestaltet werden. Die steuerliche Begünstigung bei Neubau oder Erwerb von Wohneigentum, also die indirekte Förderung muß durch einen einkommensunabhängigen Abzug von der Steuerschuld geschehen. Damit wollen wir auch Normalverdienern die Möglichkeit eröffnen, Wohneigentum zu schaffen.

Luxussanierungen steuerlich zu begünstigen ist sozial- und wohnungspolitisch unvertretbar.

Die Chancen der umfassenden Sanierung und Instandsetzung müssen genutzt werden, um neue Formen des Zusammenlebens in der Familie zu ermöglichen. Um den verdienten Ruhestand in sozialer Sicherheit genießen zu können und den Lebensabend nicht allein verbringen zu müssen, bietet sich die Möglichkeit des betreuten Wohnens in kleinen Wohnsiedlungen oder Seniorenwohnheimen an.

Mieten

Die Ausgangslage

Im Bereich Mieten gilt, wie auch in den anderen neuen Bundesländern, die zweite Grundmietenverordnung. Die Mietpreise sind per Gesetz festgelegt und unterliegen noch nicht dem Markt. Zwischen der Wohnung als sozialem Gut und der Wohnung als Wirtschaftsgut bestehen scheinbar unüberbrückbare Gegensätze.

Um den Vermietern die Möglichkeit einzuräumen, qualitativ angemessenen Wohnraum bereitstellen zu können, werden Mietsteigerungen unvermeidbar sein. Wohnqualität will finanziert sein.

Die Ziele der Politik für Mieter

Die Mietsteigerungen müssen den Einkommensverhältnissen angepaßt werden.

Mieten dürfen nicht schneller als Einkommen steigen

Wohngeld ist ein zentraler Bestandteil im Rahmen des Mieterschutzes. Es hat sicherzustellen, daß soziale Härten aufgefangen und tragbare Mietbelastungen erreicht werden. Das Wohngeldsondergesetz für die fünf neuen Bundesländer muß so lange erhalten bleiben, bis eine Angleichung der Lebensverhältnisse erfolgt ist. Die Einkommensgrenzen und die Mietobergrenzen des Wohngeldes sind durch Dynamisierung regelmäßig der Einkommens- und Mietentwicklung anzupassen.

Wir fordern eine Verlängerung des Kündigungsschutzes gegen Eigenbedarfskündigungen bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen von bisher drei Jahre auf zehn Jahre (siehe Art. 14 Investitionserleichterungs- und Wohnbauandgesetz).

Die ersten Schritte nach der Regierungs- übernahme

Kündigungsschutz auf 10 Jahre verlängern

- Mit dem Erlass einer Zweckentfremdungsverordnung sollen die Kommunen in die Lage versetzt werden, eine Umwandlung von Wohn- in Gewerberaum zu verhindern.
- Wir werden mit dem Bau von Sozialwohnungen beginnen, um Mietern mit geringem Einkommen dauerhaft preiswerten Wohnraum zu garantieren (sogenannter erster Förderweg).
- Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird den bisher 3jährigen Kündigungsschutz bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen auf 10 Jahre verlängern.

Familienpolitik

Die Ausgangslage

Der veränderte Lebensalltag in unserem Land stellt Familien heute vor enorme Probleme. Mehr denn je müssen in den Familien gesellschaftliche und soziale Probleme aufgefangen werden. Familie ist heute in nie gekanntem Maße Rückzugs- und Sicherheitsbereich - gleichermaßen für Frauen und Männer, für Jugendliche und Kinder. Das Gefühl der sozialen Verunsicherung und die Angst um eine ausreichende materielle Sicherung der Familie sind die wesentlichen Gründe für den dramatischen Geburtenrückgang. Heute gibt es in Mecklenburg-Vorpommern 2/3 weniger Geburten als vor der Wende. Vom sozialen Abstieg sind besonders die Alleinerziehenden betroffen.

**Dramatischer
Geburtenrückgang**

Die Ziele der Familienpolitik

Die Politik der SPD zielt darauf ab, die von den jeweiligen Partnern gefundenen Lebensgemeinschaften in ihrem Streben nach Intimität, Solidarität, Fürsorge und wechselseitigem Respekt zu ermutigen, sie vor Überforderung zu bewahren und in Krisen zu unterstützen. Die Politik der SPD will die mit der Erziehung von Kindern in der Familie erlebten Einschränkungen verringern und die im Zusammenleben mit Kindern gegebenen Möglichkeiten verbessern. Alleinerziehende sind mit Familien gleichzustellen. Kinderreiche Familien bedürfen der besonderen Unterstützung.

Kinder sind Zukunft

Die Maßnahmen

Den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz werden wir garantieren. Wir werden auch Voraussetzungen schaffen, um den Rechtsanspruch auf einen Kinderkrippen- und Hortplatz zu verwirklichen. Elternbeiträge müssen landesweit sozial gestaffelt werden, damit ein Kinderbetreuungsplatz bezahlbar bleibt. Elternbeiträge für Einkommensschwache (Alleinerziehende) müssen verringert werden. Für die Bewältigung von Lebenskrisen und -fragen werden wir Angebote in den Bereichen Familienbildung, Familienberatung und Selbsthilfegruppen unterstützen. Ein besonderes Augenmerk verdient der Sozialwohnungsbau.

**Rechtsanspruch auf Kindergarten-
platz wird garantiert**

Für eine sozial gerechte Förderung von Familie mit Kindern werden wir die Einführung eines einheitlichen Kindergeldes von 250,00 DM für jedes Kind unterstützen.

250 DM für jedes Kind

Für Einkommensschwache und Alleinerziehende werden wir Zuschüsse für Freizeit- und Schulveranstaltungen gewähren sowie die Erholungsmaßnahmen für deren Kinder besonders fördern. Wo ein Kindertagesstättenplatz wohnortsnah nicht angeboten werden kann, werden wir anteilige Kosten für alternative Betreuungsmöglichkeiten (z. B. Elterninitiative, Tagesmütter) übernehmen.

Initiativen, die Kinderbetreuung außerhalb der Öffnungszeiten der Einrichtungen anbieten, werden wir unterstützen.

Die integrierten Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche werden wir fördern.

Eigeninitiativen dürfen nicht durch Bürokratie behindert werden.

Politik für ältere Menschen

Die Ausgangslage

Die Mehrzahl der älteren Bürgerinnen und Bürger wünscht sich ein Alter in der eigenen Wohnung oder im Rahmen von betreutem Wohnen - dort, wo sie in der ihnen vertrauten Umgebung verwurzelt sind. Es fehlen in unserem Land jedoch ausreichende Förderungen der altersgerechten Gestaltung vorhandener Wohnungen und ein leistungsfähiges ambulantes Betreuungsnetz.

**Rentenrecht ist
noch immer Strafrecht**

Die Einführung des westdeutschen Rentenrechts hat zu erheblichen Problemen in unserem Land geführt. Rentenbescheide und Rentenauszahlung erfolgten oft mit mehr als einjähriger Verzögerung. Die ausbezahlten Renten werden nur zum Teil den erarbeiteten Ansprüchen gerecht. Noch immer wird Strafrecht und Sozialversicherungsrecht unzulässig vermengt.

Diejenigen unter den älteren Menschen, die einen Platz in einem Alten- oder Pflegeheim wünschen, benötigen die Fürsorge der Gesellschaft. Viele Heime waren zu DDR-Zeiten menschenunwürdig ausgestattet.

Auf das Wissen und die Erfahrung der Senioren wird nicht ausreichend zurückgegriffen.

Die Ziele unserer Politik für ältere Menschen

**Würde und Selbst-
bestimmung sichern**

Die Aufgaben einer Seniorenpolitik sind die Wahrung der Würde und Selbstbestimmung des Bürgers auch im Alter. Senioren sind ältere Bürger und nicht Versorgungsfälle der Gesellschaft.

Die SPD will Rentengerechtigkeit auch im Osten Deutschlands erreichen. Der zunehmenden Isolation und Vereinsamung älterer Menschen muß entgegengewirkt werden. Die Seniorenorganisationen sind vom Land und den Kommunen in ihrer Arbeit zu unterstützen. Kommunale Altenpläne legen die Kommunen in ihrer Verantwortung fest und sichern die Mitwirkung der Senioren. Das Land wird hierzu seinen Beitrag leisten.

Bildung ist kein Privileg der Jüngeren. Auch im 3. Lebensabschnitt ist zu gewährleisten, daß Bürger Bildungsinteressen nachgehen können.

Die Modernisierung der Alten- und Pflegeheime werden wir entsprechend des Bedarfs fortsetzen.

Die Maßnahmen

Rentengerechtigkeit herstellen

Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung nimmt die berechtigten Bedürfnisse und Forderungen der älteren Menschen auf.

Die SPD will über den Bundesrat eine weitere Korrektur des Rentenüberleitungsgesetzes erreichen. Damit sollen die bestehenden Ungerechtigkeiten beseitigt werden.

Die SPD wird die Einrichtungen der offenen Altenhilfe, wie die Tages- und Begegnungsstätten, sichern. Sie helfen älteren, alleinstehenden Menschen soziale Kontakte und Beziehungen aufrechtzuerhalten.

Weiterhin will die SPD das ambulante Betreuungssystem aus Sozialstationen verdichten helfen. Kurzzeit- und Tagespflege soll gewährleisten, daß ältere Bürger in der eigenen Wohnung leben können.

Mit kommunalen und genossenschaftlichen Anlagen des altersgerechten Wohnungsbaus in innerörtlichen Bereichen soll, unterstützt durch Sozialstationen, die Selbständigkeit auch jener Senioren garantiert werden, die ihre zu großen oder zu teuren Wohnungen verlassen mußten. Wir legen Wert darauf, daß diese Wohnanlagen von allen Generationen bewohnt und genutzt werden. Eine ausreichende Zahl von würdigen Plätzen in kleineren Alten- und Pflegeheimen sollen jenen Senioren zur Verfügung stehen, die auf eigenen Wunsch die selbständige Führung ihres Haushaltes aufgeben wollen.

Die ersten Schritte nach der Regierungs- übernahme

Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird kommunale, genossenschaftliche und Alten-Wohnanlagen der freien Wohlfahrtspflege im innerörtlichen Bereich gleichberechtigt fördern. Diese Anlagen werden auch jungen Familien offenstehen. Die SPD wird die Landesbauordnung ändern. Der Standard für barrierefreies Wohnen muß darin verankert werden. Außerdem werden wir einen Landes-Altenplan vorlegen und darin Mitwirkungsrechte der Senioren festschreiben.

Politik für Behinderte

**Die Interessen
von Behinderten werden
immer noch ignoriert**

Die Ausgangslage

Menschen mit Behinderungen wollen behindertengerecht wohnen, arbeiten und leben. Doch Straßen und Bauwerke in Mecklenburg-Vorpommern entsprechen noch nicht den Möglichkeiten und Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen. In Mecklenburg-Vorpommern ist Behinderten nur an wenigen Orten der Urlaub möglich. Die Integration behinderter Kinder in Kindertagesstätten und Schulen kommt nicht voran. Weder öffentliche noch private Arbeitgeber erfüllen ihre Verpflichtung, Schwerbehinderte einzustellen.

Die Ausstellung von Schwerbehindertenausweisen ist noch immer mit langen Wartezeiten für die Betroffenen verbunden.

Die Ziele unserer Behindertenpolitik

Wir Sozialdemokraten werden die besondere Verantwortung der Gesellschaft für die behinderten Bürger betonen.

Wir setzen uns für einen besseren Nachteilsausgleich für die Behinderten ein.

Die Maßnahmen

Integrieren statt ausgrenzen

Wir werden die Frühförderung behinderter Kinder ausbauen und die Bildungsintegration zu einem sozialpolitischen Schwerpunkt machen. Wir vertreten eine Integration in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen, Ausbildungs- und Arbeitsstätten.

Auch Behinderte brauchen wie jedermann ihre Familie. Die familienentlastenden Dienste müssen jedoch verbessert und aus der Abhängigkeit von ABM herausgeführt werden. Wir werden Genossenschaften fördern, die in kleinen Einheiten den innerörtlichen Bau von behindertengerechtem und betreutem Wohnen zum Ziel haben.

Die Werkstätten für Behinderte sind weiterhin notwendig. Die behinderten Menschen in den Werkstätten sollen soweit möglich, die üblichen Arbeitnehmerrechte genießen können.

Die ersten Schritte nach der Regierungsübernahme

Die Landesverfassung sieht einen vom Landtag gewählten Bürgerbeauftragten vor. Wir wollen, daß er auch als Behindertenbeauftragter, also als Anwalt der Behinderten, tätig wird. In einem Gesetz sollen die Aufgaben und Rechte dieses Bürger- und Behindertenbeauftragten festgelegt werden.

Mit einem Antidiskriminierungsgesetz wollen wir die Integration der Behinderten in allen Bereichen voranbringen.

Sucht- und Drogenpolitik

Die Ausgangslage

Die Flucht in die Abhängigkeit von Alkohol, Medikamenten und anderen Drogen ist die hilflose Reaktion Einzelner auf eine soziale Umwelt, in der sie sich nicht mehr zurecht finden. Die Suchtgefahren sind gerade für unsere Jugend in der heutigen Zeit besonders groß.

In unserem Land leben vergleichsweise viele Alkoholabhängige. Ihre Zahl steigt weiter. Unsere Häfen dienen dem Drogenkartell bislang im wesentlichen als Einfuhrfore nach Mittel- und Osteuropa. Im Umfeld der Häfen bilden sich bereits kleinere Drogenszenen. Parallel zu dieser Entwicklung steigt auch die Beschaffungskriminalität.

Schon frühzeitig hat die SPD im Landtag die Initiative ergriffen und eine gemeinsame Sucht- und Drogenkonferenz der neuen Bundesländer herbeigeführt.

Mit der Orientierungslosigkeit steigt der Drogenkonsum

Die Ziele unserer Sucht- und Drogenpolitik

Wir brauchen weiter eine Politik gegen die sozialen Ursachen von Sucht. Das Drogenproblem läßt sich besser bewältigen, wenn wir entschieden die damit verbundene Kriminalität bekämpfen. Abhängige brauchen keine Strafe, sondern Hilfe.

Strafe für Dealer, Hilfe für Abhängige

Die Maßnahmen

Sucht ist eine Krankheit. Drogenabhängige sind nicht als Kriminelle, sondern als Kranke zu behandeln. Kriminalisierung ist das Gegenteil von Prävention. Prävention ist langfristig das wirksamste Mittel gegen Sucht und Drogenabhängigkeit. Prävention muß bei unseren Kindern einsetzen. Prävention heißt auch Information und Beratung. Dort, wo Prävention zu spät kommt, wollen wir Sozialdemokraten mit einem ausreichenden Angebot an Beratungsstellen und der Unterstützung von Selbsthilfegruppen den Ausstieg aus der Sucht fördern. Eine wirklich bedarfsorientierte Zahl an Therapieplätzen soll Wartezeiten vermeiden.

Mit entschiedenem Vorgehen gegen die Drogenmafia sowie einer weitgehenden Entkriminalisierung der Opfer wollen wir den kriminellen Sumpf des Geschäftes mit der Abhängigkeit und der Not trockenlegen. Wir werden mit Unterstützung von Verbänden und Initiativen spezielle Drogensersatzprogramme erarbeiten.

Unsere Kinder schützen

Gesundheitspolitik

Die Ausgangslage

Versorgung ist vielfach schlechter geworden

Vorbeugende Gesundheitspolitik soll helfen, Krankheiten zu vermeiden oder sie frühzeitig zu erkennen. Gerade in der Gesundheitsvorsorge bei Kindern und Jugendlichen bestehen jedoch erhebliche Lücken in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Abwicklung der Polikliniken und die vielfache Schließung von kleineren Krankenhäusern führte zur Zerstörung der vertrauten und leistungsfähigen Versorgung.

Die Ziele unserer Gesundheitspolitik

Gesundheit muß bezahlbar bleiben

Die Bewahrung und Förderung der Gesundheit ist Gegenstand sozialdemokratischer Gesundheitspolitik. Ziel ist eine sachgerechte Versorgung aller und insbesondere auch der bisher zumeist unterversorgten chronisch und psychisch kranken Bürger. Gesundheit und die medizinische Versorgung bei Krankheit und Pflege müssen für alle bezahlbar bleiben.

Die Maßnahmen

Vorbeugen ist besser als nachher krank sein

Der öffentliche Gesundheitsdienst muß so gestaltet werden, daß er vorbeugend, beratend und koordinierend tätig sein kann. Für die Vorbeugung werden wir eine enge Zusammenarbeit mit den Krankenkassen herbeiführen. Die Strukturreform im Gesundheitswesen muß weitergeführt werden. Der Aufbau von Nachsorgeeinrichtungen auf qualitativ hohem Niveau ist dabei besonders zu berücksichtigen.

Psychisch kranke Menschen dürfen nicht ausgegrenzt und isoliert werden. Sie brauchen die Gemeinschaft. Der dazu erforderliche Ausbau der ambulanten psychosozialen Dienste wird eine gemeindenähe und gute Versorgung gewährleisten. Flexible Wohn- und Arbeitsformen sollen Langzeitpatienten helfen, so selbständig wie möglich zu leben. Die stationären Einrichtungen für psychisch Kranke bedürfen intensiver Unterstützung.

Die ersten Schritte nach der Regierungsübernahme

Stationäre und ambulante Versorgung verbinden

Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird die gesundheitliche Vorsorge ausbauen und intensivieren.

Wir werden die Krankenhausplanung dahingehend überarbeiten, daß eine verstärkte Verzahnung von stationärer und ambulanter Versorgung ermöglicht wird. Die Krankenhäuser des Landes werden zu modernen Dienstleistern profiliert.

Landwirtschaftspolitik

Die Ausgangslage

Die Agrarpolitik der CDU/FDP-Koalitionen in Bonn und Schwerin ist gescheitert. Vom Aufschwung Ost und den vielbeschworenen „blühenden Landschaften“ ist bislang wenig zu erkennen. Im Gegenteil, nach drei Jahren CDU/FDP-Regierungsverantwortung hat sich die krisenhafte Situation auf dem Land immer weiter zugespitzt. 180.000 Menschen waren ehemals in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns tätig. Heute sind es noch 30.000. Die Arbeitslosenquote beträgt in manchen Gegenden Mecklenburg-Vorpommerns mehr als 40 Prozent, die Frauenarbeitslosigkeit sogar über 60 Prozent.

Die in Jahrzehnten gewachsenen Betriebs- und Sozialstrukturen in den ländlichen Räumen sind zusammengebrochen. Nur wenige Landwirte haben den Schritt in die Selbständigkeit gewagt.

Trotz Enttäuschungen und Verunsicherungen haben sie den Mut behalten und arbeiten mit hohem Einsatz daran, die Existenz ihrer Familien durch Landwirtschaft zu sichern.

Die Vergabe der ehemals volkseigenen Flächen zur langfristigen Verpachtung und zum späteren Erwerb ist zum Kardinalproblem für den Aufschwung unseres agrarisch geprägten Bundeslandes geworden. Hartnäckig und gestützt auf eine breite Alteigentümer-Lobby in den alten Bundesländern hält die CDU/FDP-Koalition am Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ fest. Schon 1990 hat die SPD die daraus entstehenden verhängnisvollen Folgen für die Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume vorausgesagt.

Seit vier Jahren schleppen sich die zermürbenden Verhandlungen zwischen Landwirten und Treuhandanstalt bzw. Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft für den Abschluß langfristiger Pachtverträge hin. Entgegen ihren öffentlichen Betäuerungen geht es CDU und FDP in Bonn in Wahrheit darum, die Bodenreform zugunsten einer Minderheit von Alteigentümern rückgängig zu machen. Diese Politik läuft darauf hinaus, daß unsere ortsansässigen Landwirte beim Bodenerwerb wiederum auf der Strecke bleiben.

Die Förderung der gerade erst umstrukturierten bzw. wiedereingerichteten Landwirtschaftsbetriebe erfolgt unausgewogen und benachteiligt die juristischen Personen, obgleich diese de facto über 80 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Mecklenburg-Vorpommerns bewirtschaften.

Viele Unternehmen drückt die Last von Altschulden aus DDR-Zeiten, deren Bilanzwerte längst nicht mehr mit den materiellen Werten übereinstimmen. Die zur Entspannung der Altschuldenproblematik eingeführte Besserungsscheinregelung bessert nicht, sondern gewährt den Unternehmen höchstens eine Galgenfrist.

In ihrem blinden Glauben an die heilenden Kräfte des Marktes hat es die CDU/FDP-Regierung zugelassen, daß Mecklenburg-Vorpommern innerhalb kurzer Zeit zu einer der tierärmsten Regionen in Europa geworden ist. Der drastische Abbau der Kuhbestände hat dazu geführt, daß die Milchquoten noch in keinem Jahr ausgeschöpft werden konnten, obwohl sie für Mecklenburg-Vorpommern schon knapp bemessen waren. So gingen den Bauern Millioneneinnahmen verloren.

Kontinuierlich sinken in Mecklenburg-Vorpommern die Fleischpreise und damit die schmalen Gewinnanteile für die Landwirtschaft. Die drei von der CDU/FDP als Großinvestitionen für Mecklenburg-Vorpommern gefeierten Schlachthöfe in Neustrelitz, Anklam und Teterow können nur noch zu 50 Prozent mit Schlachtvieh aus Mecklenburg-Vorpommern versorgt werden. Statt den Bauern wirksam zu helfen, hat es die CDU/FDP-Regierung vorgezogen, Millionen an Fördermitteln für asphaltierte Landwege auszugeben.

Die Regierungen in Bonn und Schwerin tragen die volle Verantwortung für die fehlerhafte Festsetzung der Basisflächen, die als Berechnungsgrundlage für den Einkommensausgleich der Bauern dienen.

Agrarpolitik von CDU und FDP ist gescheitert

CDU und FDP sind die Lobby der Alteigentümer

Fördermittel fließen an den Bauern vorbei

Die Ziele unserer Landwirtschaftspolitik

Landschaftspflege honorieren

Die Landwirtschaft wird zunehmend die Aufgabe erhalten, unsere Kulturlandschaft zu erhalten und zu pflegen. Dies muß durch die Industriegesellschaft honoriert werden.

Neben der konventionellen Produktion bieten sich durch die verstärkte Förderung des biologisch-ökologischen Anbaus und der kontrollierten Landbewirtschaftung neue und breitere Marktchancen durch die Erzeugung qualitativ hochwertiger und weniger schadstoffbelasteter Nahrungsgüter an.

Standortvorteile und Traditionen nutzen

Um die Wertschöpfung aus dem ländlichen Raum zu erhöhen, muß Mecklenburg-Vorpommern seine Standortvorteile und Traditionen nutzen und durch ideenreiche Verarbeitung Qualitätsprodukte unter dem Markenzeichen „Qualität aus Mecklenburg-Vorpommern“ auf den deutschen und europäischen Märkten anbieten. Wir müssen jedoch davon ausgehen, daß die konventionelle, unternehmerisch betonte Landwirtschaft weitere Arbeitskräfte freisetzen wird. Daher muß zwangsläufig ein neuer struktur- und beschäftigungspolitischer Ansatz unter dem Motto „Erhaltung und Entwicklung ländlicher Kerne“ definiert werden. Wir verstehen darunter eine konzentrierte Strukturpolitik, die in den gesamten ländlichen Raum ausstrahlt, d. h., einen Verbund des Agrarsektors als Schwerpunktbranche mit Dienstleistung, Tourismus, Handwerk und Mittelstand.

Die SPD geht davon aus, daß sich die weitere Umstrukturierung der Landwirtschaft zu neuen Unternehmensformen in Chancengleichheit und auf freiwilliger Grundlage vollziehen muß. Chancengleichheit heißt vor allem Gleichberechtigung in der Förderung, beim Zutritt zu Kapital und Boden, bei der Besteuerung und gerechten Vermögenszuordnung.

Die Maßnahmen

Entschädigung und Bodenvergabe strikt trennen

In erster Linie brauchen die landwirtschaftlichen Unternehmen jetzt Klarheit über die Flächenvergabe und die Eigentumsverhältnisse. Entschädigung und Bodenvergabe sind strikt voneinander zu trennen.

Die Altschuldenproblematik muß schnellstens gelöst werden. Einen ersten Schritt dorthin sieht die SPD in der Wertberichtigung der Altschulden. Die zu DDR-Zeiten von den Betrieben getätigten kommunalen Investitionen müssen mit den Schulden verrechnet werden.

Um ein investitionsförderndes Klima zu entwickeln, müssen die Förderprogramme in einer Investitions- bzw. Aufbaubank gebündelt werden. Wir werden ein Eigenkapitalhilfsprogramm auflegen und Unternehmen unterstützen, die eigene Veredelungsmodelle für landwirtschaftliche Produkte entwickeln.

Wir wollen eine flächendeckende Landbewirtschaftung. Wir wollen aber auch Erwerbsalternativen nach regional abgestimmten Programmen fördern, und zwar

- zur Landschaftspflege und Gestaltung,
- zur Aufforstung landwirtschaftlich ertragsschwacher Böden,
- zur Grünlandextensivierung,
- zur Ackerrandstreifengestaltung,
- zum Obst- und Gemüseanbau und -verarbeitung,
- zum Anbau nachwachsender Rohstoffe.

Einen wichtigen Schritt für die Entwicklung der ländlichen Räume sieht die SPD in der Dorfsanierung. Dafür wird ein langfristiges Programm aufgelegt, das der Dörferneuerung dient und gleichzeitig Arbeitsplätze schafft.

Die ersten Schritte nach der Regierungsübernahme

Bodenreform bleibt!

- Die SPD wird mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür eintreten, daß die Bodenreform nicht ausgehebelt wird. Im Interesse der einheimischen Landwirte müssen alle Betriebsformen erhalten bleiben und gleichberechtigt gefördert werden.
- Projekte zur Schaffung alternativer Arbeitsplätze im ländlichen Raum fördern, die besonders den Landfrauen und den Arbeitnehmer über 45 Jahre zugute kommen.

Forstwirtschaftspolitik

Die Ausgangslage

Mit einem Waldanteil von 21 Prozent der Landesfläche ist Mecklenburg-Vorpommern nach Schleswig-Holstein das waldärmste Bundesland Deutschlands.

Ursachen für vorhandene Waldschäden sind die extremen Trockenperioden Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre, Sturmschäden erheblichen Ausmaßes, Insektenbefall und vor allem die Schadstoffimmission. Von dem vorhandenen Waldbestand befinden sich 14 Prozent in Privat-, 26 Prozent in Treuhand-, 11 Prozent in Bundes-, 43 Prozent in Landes- und 8 Prozent in Kommunaleigentum.

Die durchschnittlich geringe Betriebsgröße im Privatwald behindert aufgrund des unregelmäßigen Holzanfalls und unterschiedlichen Holzarten eine sinnvolle Vermarktung. Erschwerend kommt hinzu, daß häufig im Privatwald die emotionale Bindung an das Waldeigentum verloren gegangen und eine ausreichende Betreuung durch die Forstbehörden noch nicht gegeben ist.

In ihrem Glauben an eine schnelle Lösung der Probleme durch Privatisierung des Waldes ist die CDU/FDP-Forstpolitik den Bedingungen unseres Bundeslandes nicht gerecht geworden. Die derzeitige Landesregierung beabsichtigt in Abstimmung mit der Treuhand auch zukünftig großflächige Waldverkäufe. Dafür laufen bereits die Ausschreibungen. Weithin ungeklärt sind die Vermögensauseinandersetzungen bei Rückführung von Waldeigentum.

Nahezu am Boden liegen in Mecklenburg-Vorpommern die holzverarbeitenden Betriebe. Billigimporte durch Raubbau in den Wäldern osteuropäischer Länder und durch ein Überangebot an Tropenholz haben den Absatz und die Verarbeitung von einheimischem Holz fast völlig zum Erliegen gebracht.

**Unser Wald wird
planlos verschleudert**

Die Ziele unserer Forstwirtschaftspolitik

Die SPD sieht in der Gesunderhaltung unserer Wälder durch eine naturnahe Waldbewirtschaftung eine besondere Aufgabe der Landespolitik.

Wegen seiner ökologischen Ausgleichsfunktion und seiner Bedeutung für die Erholung der Menschen darf der Wald nicht zum Spekulationsobjekt degradiert werden. Waldverkäufe durch die Treuhandanstalt dürfen nur vorgenommen werden, wenn die Bewerber ein im Sinne der Waldgesetzes überzeugendes Wirtschaftskonzept vorlegen.

Die SPD hält einen hohen Anteil von landeseigenem Wald für notwendig. Der vorhandene Privat- und Körperschaftswald ist sachkundig zu betreuen. Die Verpflichtung der Forstbehörden des Landes zur Beratung und Betreuung ist durchzusetzen.

Einheimisches Holz muß wieder stärker in die Verarbeitungswirtschaft des Landes einbezogen werden. Deshalb sollen einheimische Holzprodukte bei Projekten eingesetzt werden, in die Fördermittel des Landes fließen.

Wald in Landesbesitz lassen

Die Maßnahmen

Langfristiges Ziel der SPD-Forstpolitik ist es, die Waldfläche mindestens auf Bundesdurchschnitt (30 Prozent der Landesfläche) zu vergrößern, um

- landwirtschaftlich leistungsschwächere Böden einer ökologischen sinnvollen Nutzung zuzuführen und
- die Schutzfunktion des Waldes in Gebieten mit geringem Waldanteil zu erhöhen.

Voraussetzung für dieses Programm ist die vorrangige Erstellung von forstlichen Rahmenplänen.

Nach Klärung der Eigentumsverhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft

Waldflächen vergrößern

Langfristig aufforsten

erfolgt dies auf der Grundlage eines langfristig angelegten und nachhaltig wirkenden Landesaufforstungsprogramms. Gedacht wird an eine Aufforstungsfläche von 30.000 bis 50.000 ha Wald über einen mittelfristigen Zeitraum bei bevorzugter Verwendung standortgerechter einheimischer Baumarten. Dieses Programm wird hauptsächlich landwirtschaftlichen Unternehmen eine zusätzliche Erwerbsquelle sichern. Pilotvorhaben für den Einsatz von Holz als nachwachsendem Rohstoff zur Energiegewinnung bzw. neuen Verarbeitungsprodukten wird das Land unter Berücksichtigung ökologischer Vorgaben fördern.

Die ersten Schritte nach der Regierungsübernahme

Als erste Schritte wird eine SPD-geführte Landesregierung sich bemühen, die Eigentumsfragen im Interesse des Landes, der Kommunen und der einheimischen Waldbesitzer zu klären und sich Spekulationen zum Erwerb von Waldflächen entgegenzustellen.

**Verarbeitung einheimischer
Hölzer fördern**

Besondere Anstrengungen wird die SPD unternehmen, um die Verarbeitung einheimischer Hölzer zu fördern. Wir werden mit der Aufforstung zügig beginnen.

Fischereipolitik

Die Ausgangslage

Seen, Teiche, Fließgewässer, Bodden- und Küstengewässer werden in unserem gewässerreichen Bundesland von etwa 880 Küstenfischern, 234 Binnenfischern und rund 70.000 organisierten Anglern bewirtschaftet. Die Hochseefischerei konnte auf Drängen der SPD per Landtagsbeschluß durch eine Landesbeteiligung erhalten werden.

Die Küstenfischerei befindet sich in einem schwierigen Prozeß. Nach der Wiedervereinigung sind zahlreiche Subventionen weggefallen. Dies hat zu starkem Preisverfall, Absatzschwierigkeiten und Produktionseinschränkungen durch EG-Quoten geführt. Die Situation wird durch Billigfischanlandungen aus osteuropäischen Ländern noch verschärft.

Verunsichert sind auch die Binnenfischer Mecklenburg-Vorpommerns. Nach der Privatisierung besteht das Hauptproblem in den fehlenden langfristigen Pachtverträgen für Gewässerflächen, auf die das Land einen Rückgabanspruch hat. Die Fischer befürchten unverhältnismäßig hohe Pachtgebühren, die für viele gerade privatisierte Fischereiunternehmen den Ruin bedeuten würden.

Die Fischereipolitik der CDU/FDP-Regierung orientiert sich nach Schleswig-Holsteiner Strickmuster und möchte den Berufsstand der Fischer zur Nebenberufsfischerei verkümmern lassen.

**CDU und FDP
wollen keine Berufsfischer**

Die Ziele und Maßnahmen unserer Fischereipolitik

Die SPD sieht in der Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei historisch gewachsene, traditionsreiche Erwerbszweige, die es unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu erhalten gilt.

Als vorrangiges Ziel setzt sich die SPD dafür ein, daß Seen-Pachtverträge für landeseigene Gewässer langfristig zugunsten einheimischer Fischer abgeschlossen werden. Der Pachtzins darf die Unternehmen nicht gefährden.

Fischerei erhalten

Die ersten Schritte nach der Regierungsübernahme

Eine SPD-geführte Landesregierung wird in den ersten zwei Jahren ihrer Regierung

- für die Rückführung der Gewässer, die sich noch im Besitz der Treuhand befinden, in das Eigentum des Landes sorgen,
- die Fischereiwirtschaft durch Aufbau von Verarbeitungsstrukturen fördern.

**Gewässer zurückführen
in Landeseigentum**

Umweltpolitik

Die Ausgangslage

Mecklenburg-Vorpommern weist eine verhältnismäßig wenig zersiedelte und naturnahe Landschaft aus. Ungefähr 1/3 der Bevölkerung lebt in 6 Siedlungszentren. Die im Verhältnis zu anderen Bundesländern geringere Umweltbelastung ist ein Standortvorteil, der endlich genutzt werden muß. Mecklenburg-Vorpommern hat einen hohen Wohn- und Freizeitwert.

**Natürliche Standortvorteile
werden nicht genutzt**

Die Landesregierung hat bisher viel zu wenig unternommen, um die natürlichen Standortvorteile unseres Landes sinnvoll zu nutzen und Maßnahmen zur Sanierung, Rekultivierung und Pflege unserer Landschaften einzuleiten, obwohl seitens der Fachbehörden auf einigen Gebieten gute Konzepte erarbeitet wurden. Andererseits sind staatliche und private Forschungsvorhaben im Umweltbereich in Mecklenburg-Vorpommern völlig unterrepräsentiert. Gerade sie sind aber notwendig, um eine ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft und Gesellschaft zu fördern.

Große Defizite gibt es auch im Bereich der Umweltbildung und der Erziehung sowie bei der Bürgerbeteiligung bei umweltrelevanten Vorhaben. Wir haben zwar eine gut ausgestattete Umweltverwaltung, aber durch unklare Zuständigkeiten und Ämterkonkurrenz wird deren Effizienz zunichte gemacht. Hier hat die Landesregierung kläglich versagt.

Die Ziele unserer Umweltpolitik

**Wachstum durch
ökologisches Wirtschaften**

Mecklenburg-Vorpommern hat die Chance, eine ökologische Modernisierung der Gesellschaft einzuleiten. Dies kann durch den koordinierten Einsatz der Instrumente Umwelt-, Wirtschafts-, Landwirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Wissenschaftspolitik gelingen. Arbeitsplätze auf Kosten der Umwelt sind für Mensch und Natur zu kostspielig und gehören in eine Industrielwelt von gestern.

Nur die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen hilft uns, langfristig Arbeitsplätze zu sichern. Gesunde Umwelt und geschützte Natur sollen ein Markenzeichen für unser Bundesland sein. Wir wollen die Entwicklung unseres Landes dahin lenken, daß die Eigenart und Attraktivität der Landschaft und die Vielfalt der Lebensräume nicht gefährdet und schwerwiegende Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes vermieden werden: Statt Nachsorge wollen wir Vorsorge betreiben, die die ökonomischen, ökologischen und sozialen Auswirkungen unseres Wirtschaftens berücksichtigt. Mecklenburg-Vorpommern soll ein sauberer und umwelttechnologisch hochmoderner Wirtschaftsstandort werden.

Die Maßnahmen

Alte Flächen nutzen

Wir Sozialdemokraten werden die Gewerbe- und Industrieansiedlung vor allem auf Industriebrachen vornehmen, sofern es nicht zwingende Gründe zu anderem Handeln gibt. Dazu ist es notwendig, investitionsfördernde Maßnahmen, wie die Bodensanierung und Beseitigung von Brachen, voranzutreiben. Wir wollen speziell umweltschonende Produktionsweisen fördern und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge deren Umweltverträglichkeit als wichtiges Kriterium anwenden.

Im Bereich der Umweltforschung wollen wir universitäre und außeruniversitäre Einrichtungen insbesondere durch die Förderung der Forschung, Verfahrenstechnik, Entsorgungstechnik, Meß- und Regeltechnik und von alternativen Energiesystemen unterstützen.

Umweltbildung und Erziehung sollen durch staatliche und private Einrichtungen verstärkt werden. Um einen ökologischen Bewußtseinswandel unserer Gesellschaft herbeizuführen, setzen wir uns für eine stärkere Beteiligung der

Öffentlichkeit ein. Dazu gehört insbesondere eine stärkere Einbeziehung der Umwelt- und Verbraucherverbände sowie eine transparente Umweltpolitik, die unseren Bürgerinnen und Bürgern Umweltinformationen und Akteneinsicht nicht vorenthält.

**Politik, Wirtschaft und
Umweltschützer an einem Tisch**

Die ersten Schritte nach der Regierungs- übernahme

Eine SPD-geführte Landesregierung wird

- die Sanierung von Industriebranchen zügig in Angriff nehmen,
- für eine umfassende Veröffentlichung der Umweltmeßdaten sorgen und
- die Umweltforschung verstärkt vorantreiben.

Abfallwirtschaftspolitik

Die Ausgangslage

Planvolle Abfallpolitik findet nicht statt

Besonders im Bereich der Abfallwirtschaft hat die Politik der Landesregierung zu verheerenden Ergebnissen geführt. Bislang gibt es noch keinen Abfallentsorgungsplan, der verbindliche Rahmenbedingungen für eine zukunftsweisende Abfallwirtschaft festschreibt. Dies hat zur Folge, daß es zwischen den entsorgungspflichtigen Kreisen und Städten kein koordiniertes Vorgehen gab, Planungen verzögert wurden und nun unnötig hohe Kosten für den Gebührenzahler anfallen.

Bisher liegen keine klaren Konzepte vor, wie Hausmüll und Sondermüll langfristig und umweltverträglich behandelt und entsorgt werden sollen. Drei Jahre Tatenlosigkeit der Landesregierung haben dazu geführt, daß die Entsorgungssicherheit in vielen Regionen unseres Bundeslandes ab 1995 nicht mehr gewährleistet werden kann.

Viele Bestrebungen der Landesregierung laufen darauf hinaus, Mecklenburg-Vorpommern auf Dauer zum Müllimportland zu machen. Zudem haben die von der Landesregierung ausgehandelten Verträge bei der Übernahme der größten europäischen Mülldeponie Ihlenberg/Schönberg dem Land schon jetzt einen Verlust von ca. 100 Millionen DM eingebracht. Der zukünftige Schaden ist unübersehbar, weil das Land Mecklenburg-Vorpommern für die Sanierung und Rekultivierung dieser größten Altlast verantwortlich gemacht wurde.

Schönberg: 100 Millionen Verlust und kein Ende

Die Ziele unserer Abfallwirtschaftspolitik

Ziel einer sozialdemokratischen Regierungspolitik wird es sein, eine langfristige Entsorgungssicherheit für den Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern zu gewährleisten. Wir wollen kalkulierbare und sozialverträgliche Entsorgungsgebühren. Wir setzen uns für die größtmögliche Abfallvermeidung ein und wollen eine Kreislaufwirtschaft zur effektiven Rohstoffnutzung und Ressourcenschonung fördern. Müllimporte will die SPD grundsätzlich vermeiden. Der Müll muß dort entsorgt werden, wo er anfällt.

Hinsichtlich der Deponie Ihlenberg/Schönberg werden wir alles daran setzen, die katastrophalen Betreiberverträge neu zu verhandeln, um eine sichere Kontrolle durch das Land zu gewährleisten. Die erwirtschafteten Gewinne aus dem Deponiebetrieb dürfen nicht allein dem privaten Betreiber zufließen. Die Gesundheit der Menschen und die Sicherheit der Deponie haben für uns oberste Priorität.

Müll vermeiden, nicht importieren

Die Maßnahmen

Die SPD wird Bedingungen aufbauen, die das hierarchische Prinzip der Abfallvermeidung, Schadstoffminimierung, stoffliche Verwertung, Behandlung von Restabfällen und Deponierung ermöglichen. Unvermeidbare Restabfälle sollen standortnah behandelt und entsorgt werden. Wir wollen die Überwachung und Lenkung der Stoffströme und Nebenprodukte mit Hilfe von Abfallkatastern organisieren.

Für alle Maßnahmen wollen wir die Wirtschaft, die entsorgungspflichtigen Körperschaften und unsere Bürgerinnen und Bürger beraten und in die Entscheidungsprozesse stärker einbeziehen. Wir wollen die bestehenden Deponien nach dem Stand der Technik sanieren und rekultivieren und die Kommunen bei der Umsetzung ihrer Abfallwirtschaftskonzepte unterstützen.

Deshalb wird eine sozialdemokratische Regierung sich auch auf Bundesebene intensiv um eine Lösung der Entsorgungs- und Altlastenproblematik bemühen.

Wir werden uns dafür einsetzen, daß das zur Zeit wenig effektive und den Verbraucher finanziell belastende Modell zur Erfassung von Sekundärrohstoffen „Duales System Deutschland (DSD)“ im Hinblick auf Abfallvermeidung und Förderung von Mehrwegverpackungen wesentlich verbessert und durch Mechanismen des SERO-Modells angereichert wird, mit dem wir in der Vergangenheit gute Erfahrungen gemacht haben.

**Der grüne Punkt
muß von SERO lernen**

Die entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften erhalten die Planungshoheit für die Entsorgung ihrer Territorien mit der Verpflichtung, eine arbeitsteilige Zusammenarbeit mit ihren Nachbarkommunen zu pflegen.

Die Planungssicherheit der Kommunen in der Abfallwirtschaft wird gewährleistet.

Die ersten Schritte nach der Regierungsübernahme

Für die Vermeidung und Entsorgung von Giftmüll und Sonderabfällen wollen wir eine Abgabe einführen. Um die abfallwirtschaftliche Maßnahmenhierarchie effektiv umzusetzen, sollen die Kommunen beraten werden.

Dort, wo es möglich und sinnvoll ist, sollen kommunale und gewerblich-industrielle Abwässer getrennt erfaßt und behandelt werden, damit unbelastete Klärschlämme aus kommunalen Anlagen wieder auf landwirtschaftlichen Flächen ausgebracht werden können. Damit tragen wir zur Deponieschonung und zur Kreislaufwirtschaft bei.

Gewässer- und Bodenschutz

Die Ausgangslage

Durch die verfehlte Politik der Vergangenheit sind unsere Umweltgüter Wasser, Boden und Luft teilweise stark mit Schad- und Nährstoffen belastet worden. Industrie- und Militärstandorte, sowie großflächige Meliorationsmaßnahmen und die ungenügende Abwasserbehandlung und -entsorgung, haben regional zu einem schlechten ökologischen Zustand unserer Gewässer und Böden geführt.

Die CDU hat kein Konzept zur Altlastensanierung

Die Landesregierung hat es bisher weitgehend versäumt, für eine Verbesserung des ökologischen Zustandes unserer Böden und Gewässer zu sorgen. Konzepte zur flächendeckenden Abwasserentsorgung und Versorgung mit hygienisch einwandfreiem Trinkwasser fehlen.

Die Ziele unserer Politik für Gewässer- und Bodenschutz

Eine sozialdemokratisch geführte Regierung wird einen ganzheitlichen und konsequenten Boden- und Gewässerschutz verfolgen. Das Ziel ist die Erhöhung der Qualität und damit Selbstreinigungskraft unserer Seen und Fließgewässer sowie deren naturnaher Zustand. Der Boden ist den Umweltgütern Wasser und Luft gleichzustellen. Daher soll der Bodenschutz in der nächsten Legislaturperiode eigenständig gesetzlich geregelt werden. Wir wollen eine ressortübergreifende Umweltpolitik, damit der Nähr- und Schadstoffeintrag in unsere Gewässer vermindert wird.

Sozialverträgliche Trink- und Abwassergebühren

Ein weiteres wichtiges Ziel für uns sind sozialverträgliche Gebühren für die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung.

Zur vorbeugenden Schonung unserer wichtigsten Ressource Grundwasser hat der Bodenschutz eine besondere Bedeutung. Mit einer verantwortungsvollen Landwirtschaft und umfassenden Sanierungsmaßnahmen kann der Gesundungsprozeß unserer Umweltgüter vorangetrieben werden.

Die Maßnahmen

Grundwasser schützen und schonen

Zur Sicherung und Verbesserung der Trinkwasserversorgung der Hansestadt Rostock wollen wir die Warnowsanierung und ihres Flußgebietes vorantreiben. Weiterhin soll eine landesweite Erfassung, Bewertung und ein nachhaltiger Schutz unserer Grundwasservorräte erfolgen. Die Trinkwasserversorgung soll modernisiert und insbesondere durch Einsparmaßnahmen der Verbraucher auf eine Grundwasserschonung hingewirkt werden. Den Trinkwasserverlust durch den mangelhaften Zustand des Versorgungsnetzes soll durch dessen grundlegende Modernisierung entgegengewirkt werden.

Eine stufenweise und flächendeckende Abwasserbehandlung und -entsorgung wird von uns mit Nachdruck verfolgt. Je nach Kosten-Nutzen-Relation bevorzugen wir kleinere dezentrale und damit kostengünstigere Anlagen, um die Schad- und Nährstoffzufuhr in unsere Gewässer schneller zu vermindern.

Mit einer verantwortungsvollen Gewässerbewirtschaftung und umfassenden Ursachenbekämpfung sowie Sanierungs- und Renaturierungsmaßnahmen wollen wir den ökologischen Zustand unserer Gewässer verbessern. Gewässerentwicklungs- und pflegepläne, die in enger Zusammenarbeit mit den Naturschutzbehörden zu entwickeln sind und der Schutz von Gewässerrandstreifen, Auen- und Niederungsbereichen flankieren diese Maßnahmen.

Die ersten Schritte nach der Regierungs- übernahme

Wir wollen die Abwasserentsorgung zu verträglichen Kosten modernisieren und eine Übersicht über die gewerblichen und industriellen Einleitungen in das öffentliche Abwassernetz erstellen, damit Aufsichts- und Umweltbehörden ein schnelleres Eingreifen bei einer unfallbedingten und kriminellen Gewässerverunreinigung ermöglicht wird. Mit der Umweltpolitik der SPD wird der Schutz, die Pflege und Entwicklung naturnaher Stand- und Fließgewässer und der landestypischen angrenzenden Niederungsbereiche verbessert.

Politik für Naturschutz und Landschaftspflege

Die Ausgangslage

Unnötiger Landschaftsverbrauch

Die Politik von CDU und FDP zeichnet sich durch mangelhaften Landschaftsschutz und schwerwiegende Eingriffe in Natur und Landschaft aus. Flächenraubbau, wie zum Beispiel bei der Anlage von Gewerbeflächen auf der 'Grünen Wiese', und die verstärkte Herauslösung von Flächen aus Landschaftsschutzgebieten sind nur ein Beispiel dafür, wie der Zersiedelung unseres Landes Vorschub geleistet wird.

Die mangelhafte Naturschutzpolitik der Regierung Seite hat die Akzeptanz von Nationalparks und anderen Schutzgebieten bei unseren Bürgerinnen und Bürgern stark gefährdet. Dies liegt nicht zuletzt an einer bürgerfernen Politik, den unklaren Zuständigkeiten der entsprechenden Fachbehörden und deren Konkurrenz zu anderen Ämtern. Zudem fehlt ein umfassendes Landesnaturschutz- und Nationalparkgesetz. Umweltpolitik hat sich unter der CDU/FDP-Landesregierung stets der Wirtschaft und Landwirtschaft unterzuordnen.

Die Ziele unserer Politik für Naturschutz und Landschaftspflege

Wir wollen die Eingriffe in Natur und Landschaft auf das notwendige Ausmaß beschränken und insbesondere den Flächenverbrauch minimieren. In bestimmten Regionen soll die Landwirtschaft Aufgaben im Bereich der Landschaftspflege übernehmen.

Die Maßnahmen

Mit Naturschutz die wertvollen Landschaften erhalten

In Naturschutzgebieten und Nationalparks wollen wir weitere Naturschutzstationen einrichten, die der Umweltbildung und dem Dialog von Behörden, Verbänden und der Bevölkerung dienen. Einem speziell geschulten Personal (Nationalparkwacht) wird die Aufsicht über unsere wichtigsten Schutzgebiete anvertraut. Wir wollen die Akzeptanz der Bevölkerung für geschützte Gebiete fördern. Die in den Nationalparks liegenden Forstämter werden zukünftig dem Nationalparkamt zugeordnet.

Für viele Zugvögel, insbesondere für die Großvogelarten, hat Mecklenburg-Vorpommern als Brut-, Rast- und Nahrungsgebiet eine internationale Bedeutung. Zu deren Schutz werden wir uns auch für den Erhalt der offenen Kulturlandschaften im Küstenbereich verstärkt einsetzen.

Wir werden beginnen, Feuchtgebiete wiederherzustellen.

Die ersten Schritte nach der Regierungs- übernahme

Verbandsklage für Umweltverbände einführen

Wir werden die Mitwirkungsrechte von Umweltverbänden verstärken und die Verbandsklage einführen. Schutz- und Pflegekonzeptionen für Schutzgebiete werden in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ämtern und betroffenen Kreisen und Gemeinden entwickelt werden. Durch ein Landesnaturschutz- und Nationalparkgesetz wollen wir einen Beitrag für den Naturschutz in unserem Lande leisten.

Schulpolitik

Die Ausgangslage

Im April 1991 wurde in Mecklenburg-Vorpommern, als einzigem neuen Bundesland gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung das überholte dreigliedrige Schulsystem bayerischen Musters eingeführt. Diese Fehlentscheidung hatte im dünn besiedelten Mecklenburg-Vorpommern verhängnisvolle bildungspolitische und finanzpolitische Folgen. Horte sind aus den Schulen ausgegliedert worden, Sonderschulen mit überregionalem Einzugsbereich und berufliche Schulen wurden ohne entsprechende Regelungen zum Schullastenausgleich in die Verantwortung einzelner Kommunen übertragen. Die Gesamtschule wurde aus der Kategorie der Regelschulen ausgeschlossen.

Im vorschulischen Bereich wurde das flächendeckende Angebot an Kindertagesbetreuung durch Finanzierungsunsicherheiten abgebaut. Durch den anhaltenden Geburtenrückgang wird dieser Trend weiter verschärft. Forderungen nach einem Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung wurden durch die Koalitionsparteien systematisch hintertrieben.

Das bayerische Schulsystem paßt hier nicht her

Die Ziele unserer Schulpolitik

SPD-Bildungspolitik zielt auf die praktische Verwirklichung des individuellen Rechts auf die Gestaltung eines erfüllten Lebens. Um jedem Kind trotz unterschiedlicher Voraussetzungen die gleichen Bildungschancen zu eröffnen, streben wir ein Schulsystem an, das alle Schulabschlüsse in zumutbarer Entfernung ermöglicht. Dazu gehört auch, daß die Gesamtschule gleichberechtigt als Regelschule anerkannt wird. Überall dort, wo Eltern es wünschen und die entsprechenden Voraussetzungen gegeben sind, wird die SPD sich für Gesamtschulen einsetzen.

Wir wollen keine radikalen Umwälzungen, sondern wirkungsvolle Reformen im Interesse der Kinder und Jugendlichen unter Einbeziehung aller am Bildungsprozeß Beteiligten.

Die Schule muß neben einer Stätte der Wissensvermittlung auch zu einer kulturellen und freizeitgestaltenden Begegnungsstätte entwickelt werden, in der Erziehung zur Eigenverantwortlichkeit und zum staatsbürgerlichen Denken, zum solidarischen Handeln, zu gegenseitiger Achtung und uneigennütziger Hilfe im Mittelpunkt stehen.

Gleiche Bildungschancen für alle Kinder

Die Maßnahmen

■ Die Schulangebotsstruktur muß optimiert werden

Ausgehend vom realen Bedarf und den finanzpolitischen Möglichkeiten von Land und Kommunen werden Schulträger, Eltern, Lehrer und Schüler mit ihrer Kompetenz vor Ort in die Planung eines wohnortnahen alle Bildungsgänge umfassenden Schulangebots einbezogen.

Schüler werden verstärkt in die inhaltliche Mitgestaltung des Unterrichts einbezogen. Ein Realitätsbezug muß erkennbar sein. Überflüssiges Ballastwissen sollte aus dem Unterricht verschwinden.

Inhaltlich soll Schule nicht allein auf die Aneignung von Fakten, sondern stärker auf die Vermittlung von Fähigkeiten und Werten ausgerichtet sein.

Eltern, Lehrer und Schüler bestimmen mit

■ Die Schülerbetreuung muß verbessert werden

Im Rahmen der Ganztagsbetreuung werden wir wieder eine engere Verbindung von Schule und Hort herstellen. In Zukunft wird es Ganztagssschulen geben. Die Einrichtungen der Ganztagsbetreuung werden durch die Kommune, das Land und gegebenenfalls den Bund und unter sozialen Gesichtspunkten von den Eltern finanziert. Der Schwerpunkt der Landesförderung wird bei den Investitionen zur Substanzerhaltung liegen.

Soziales Lernen statt Auslese

■ Schule muß eine Stätte sozialen Lernens werden

Die Schüler müssen in der Schule dem Alltag begegnen. Sie werden mit dem Leben in der sozialen Gruppe lernen, und den Umgang mit Konflikten, mit Minderheiten, Andersdenkenden, mit Gewalt, der Sucht, den Medien usw. vertraut gemacht. Zugleich muß die Erziehung auf Werte und Normen eines gewaltfreien und engagierten Miteinanders ausgerichtet werden, um die Schule zu einer Stätte des sozialen Lernens und Lebens weiterzuentwickeln. Das bedeutet, Schule konzentriert sich nicht allein auf die Aneignung von Fakten, sondern wird stärker auf die Vermittlung von Fähigkeiten und Werten ausgerichtet sein.

■ Die Schulstruktur muß verändert werden

Kinder, die keinen Kindergarten besuchen, sollte ein Jahr vor Beginn der Schulpflicht der Besuch einer an der Grundschule angegliederten Vorklasse ermöglicht werden. Für Kinder, die schulpflichtig, aber noch nicht schulreif sind, sollte eine planvolle Förderung in den Grundschulen angegliederten Schulkindergärten oder in bestehenden Kindergärten erfolgen.

An die schulartunabhängige Orientierungsstufe schließen sich die Schulen der Sekundarstufe I und II an (Mittelschule, Gymnasium, Verbundschule, Integrierte Gesamtschule), in denen die verschiedenen Bildungsgänge der Sekundarstufe I möglichst integriert oder kombiniert angeboten werden sollen. Reine Hauptschulen lehnen wir ab. Die Schulpflicht wird 10 Jahre betragen und mindestens zu einem berufsschulqualifizierenden Abschluß führen. Das Abitur als allgemeine Hochschulzugangsberechtigung kann in 12 Schuljahren an gymnasialen Oberstufen oder selbständigen Schulen der Sekundarstufe II erreicht werden. Wir setzen uns für den Erhalt und die Entwicklung der Bildungsangebote in der allgemeinen, politischen und beruflichen Bildung sowie für den 2. Bildungsweg ein.

Das besondere Interesse der SPD gilt der Berufsschule, die neben ihrem allgemeinen Bildungsauftrag auch eine wichtige Funktion als Bestandteil einer zukunftsorientierten regionalen Wirtschaftspolitik hat. Die Ausstattung der beruflichen Schulen mit modernen Lehr- und Lernmitteln und ihre bauliche Substanz müssen ständig an die neuen Erfordernisse angepaßt werden.

Die SPD fördert den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen in integrativen Formen der Beschulung.

Wo integrative Beschulung von behinderten Kindern nicht möglich ist, werden vom Land und den Kommunen ausreichende Sonderschulangebote nach dem Bedarf gesichert. Dabei werden Sonderschulen mit überregionalem Einzugsbereich einschließlich der diesen Einrichtungen angeschlossenen Internate/Schulheime und den dort tätigen Angestellten im Erziehungs- und Sozialdienst in Landesträgerschaft geführt, wenn sich keine anderen Träger finden.

Privat getragene Schulen werden als Ergänzung zum staatlichen Schulsystem angesehen und gefördert, wenn die zur Anerkennung notwendigen materiellen und personellen Standards erfüllt sind. Bildung darf nicht zum Privileg Besserverdienender werden.

■ Die Lehrerfortbildung und der Einsatz der Lehrer müssen verbessert werden

Durch einen effizienten Einsatz der Lehrer und Erzieher, aber auch durch eine an pädagogischen Erfordernissen orientierte Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrer und Erzieher wird trotz des engen finanzpolitischen Spielraums eine moderne und hochqualifizierte Beschulung gesichert. Die weiterhin universitäre Ausbildung vollzieht sich in fünf Lehrer-Kategorien (Primar-, Sekundar-I- bzw. Sekundar-II-, Berufs- oder Sonderschullehrer), wobei durch Aufbaustudien höhere Lehrbefähigungen erreicht werden können.

Für die Entwicklung der Schule auch zu einer kulturellen und freizeitgestaltenden Stätte müssen personelle Voraussetzungen geschaffen werden. Durch den Rückgang der Schülerzahlen wird es notwendig sein, die Teilzeitbeschäftigung von Lehrern anzustreben. Wir wollen den Ausbau des Neigungs- und Förderunterrichts, die vermehrte Ganztagsbetreuung sowie die Fort- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer in Mecklenburg-Vorpommern unterstützen.

Niemand muß,
jeder kann Abitur machen

Schwerpunkt bei
beruflicher Bildung

Auch Lehrer müssen lernen

■ **Mitwirkung und Mitbestimmung müssen erweitert werden**

In Schulen müssen Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte für Eltern, Lehrer, Erzieher und Schüler erweitert werden. Schulen müssen das Recht bekommen, selbstverantwortlich in den Grenzen von Rahmenvorgaben ihre Angelegenheiten zu regeln.

In Schulen müssen unabhängige Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte für Eltern, Lehrer, Erzieher und Schüler erweitert werden.

Die ersten Schritte nach der Regierungsübernahme

- Wir werden nach einer landesweiten Diskussion die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen für ein Schulwesen, in dem Demokratie, Transparenz und Kompetenzen von Ministerium und Schulträger sowie Mitwirkungsrechte und Pflichten von Eltern, Lehrern und Schülern sowie die Gleichberechtigung der Gesamtschule als Regelschule zum Tragen kommen.
- Wir werden die Schulträger beauftragen, unter Einbeziehung der Eltern und Lehrer eine Überarbeitung der Schulnetzplanungen nach eigenen Vorstellungen auf der Basis realer Bedarfsentwicklungen (Schülerzahlen, Altersstruktur, Fluktuationen etc.) vorzunehmen.

Veränderung nur mit den Betroffenen

Kinder- und Jugendpolitik

Die Ausgangslage

**Jugend wird
mit Bürokratie verschreckt**

Zahlreiche Jugendfreizeiteinrichtungen sind geschlossen worden oder werden artfremd genutzt. Mehr als 9000 Kinder und Jugendliche (Stand: 1991) wachsen in Familien auf, die auf Sozialhilfe angewiesen sind und zahlreiche Jugendliche gleiten in kriminelle oder politisch extreme Szenen ab. Die Fördermittel des Bundes werden bürokratisch vergeben und parteilich gezielt verteilt. Die Beteiligung der Jugendlichen an der Jugendarbeit ist gering, da diese häufig als bürokratischer Vorgang aufgefaßt wird.

Die Ziele unserer Kinder- und Jugendpolitik

**Selbstverantwortung
fördern**

Eine sozialdemokratische Landesregierung macht eine Kinder- und Jugendpolitik mit und für die Kinder und Jugendlichen. Sie wird dafür Sorge tragen, daß über eine kurz-, mittel- und langfristige Politik den Kindern und Jugendlichen der Rahmen für eine Entwicklung zu selbstbestimmten und eigenständigen Persönlichkeiten geschaffen wird. Sozialdemokratische Jugendpolitik will Bedingungen schaffen, die dem einzelnen ein sinnerfülltes Leben ermöglichen.

Die Maßnahmen

Eine sozialdemokratische Landesregierung nutzt das schöpferisch-kritische Potential der Kinder und Jugendlichen für die Gestaltung und Erneuerung der Gesellschaft. Die Kinder- und Jugendpolitik hat Eigeninitiativen zu unterstützen, Freiräume für die Hilfe zur Selbsthilfe zu schaffen.

Wir wollen eine demokratisch verfaßte Schule, die Orientierungen vermittelt und auf die Gewinnung von Wissen, Fähigkeiten und Werten abzielt.

Die Jugend muß aktiv in die Bewältigung sozialer Probleme einbezogen sein. Kinder und Jugendliche können das politische und gesellschaftliche System erst dann akzeptieren, wenn sie an seiner Ausprägung beteiligt werden. Deshalb ist eine lebensnahe politische Bildung zum Beispiel über Kinder- und Jugendparlamente notwendig. Eine Förderung der allgemeinen außerschulischen Jugendbildung durch die Verbände ist genauso wichtig.

Die SPD wird Jugendfreizeitangebote freier und öffentlicher Träger fördern. Jugendliche müssen auch Gelegenheit haben, sich im Medienbereich zu engagieren, etwa beim Jugendladio, bei Jugendzeitschriften oder Jugendfilmclubs. Um radikalen und gewaltsamen Ausschreitungen zu begegnen, will die SPD Fan-Projekte fördern und ambulante Hilfen für junge Straffällige anbieten.

Die ersten Schritte nach der Regierungsübernahme

**Jugendarbeit als
kommunale Pflicht**

Auf der Basis einer breiten Diskussion mit den Betroffenen wird ein neues Landesjugendprogramm aufgelegt. Jugendarbeit sollte von den Kommunen als Pflichtaufgabe verstanden werden. Die SPD wird das Jugendbildungszentrum des Landesjugendringes weiter fördern.

Allen Jugendlichen unter 20 Jahren wird in Mecklenburg-Vorpommern ein Ausbildungs- oder Arbeitsplatz garantiert (siehe Abschnitt A 8).

Hochschulpolitik

Die Ausgangslage

Die Hochschulpolitik der Landesregierung ist ohne Konzept. Eine unangemessene personelle, apparative und räumliche Ausstattung der Hochschulen führt zu Immatrikulationszahlen, die weit unter den Erwartungen liegen und behindert die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit.

Die Ziele unserer Hochschulpolitik

Aufgabe sozialdemokratischer Hochschul- und Wissenschaftspolitik ist es, Studienmöglichkeiten für in Mecklenburg-Vorpommern noch nicht etablierte, aber entwicklungsrelevante Studienrichtungen auszubauen. Zu diesen gehören nicht nur Studienangebote der Natur- und Technikwissenschaften, sondern ebenso der Geistes- und Sozialwissenschaften. Dazu brauchen wir einen Hochschulentwicklungs- und strukturplan unter Beteiligung der Hochschulen und Verbände, der den Erfordernissen eines zukünftigen europäischen Bildungsraumes entspricht.

**Studienrichtungen
ausweiten**

Die Maßnahmen

■ Hochschulstruktur bewahren und ausbauen

Die SPD will den Grundbestand von drei Fachhochschulen und zwei Universitäten sichern und den Aufbau einer Künstlerischen Hochschule zügig vorantreiben. Konzentrationen von Studienangeboten werden zugunsten von Qualitäts- und Effizienzsteigerungen unter Beteiligung der Hochschulen angestrebt.

Die SPD will eine gleichgewichtige Entwicklung von Lehre, Forschung und Weiterbildung erreichen. Die Ausbaupriorität liegt bei den Fachhochschulen.

■ Forschungsförderung verbessern

Neben der Lehre will die SPD die bedarfsgerechte und anwendungsorientierte Forschung fördern. Dazu will sie die Zusammenarbeit der akademischen mit der außeruniversitären und der Industrieforschung vertiefen. Wir werden die öffentliche Forschung intensiver mit der privatwirtschaftlich betriebenen Forschung verbinden. Der Technologie-Transfer ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Land und Wirtschaft und muß regional und überregional entwickelt und finanziert werden.

**Intelligenz im Land
erspart teure Importe**

■ Autonomie und Eigenverantwortung stärken

Autonomie und demokratische Verfassung sind entscheidend für die kreative Entwicklung der Universitäten und Fachhochschulen. Selbstverantwortung fördert die Entbürokratisierung und ermöglicht ein effizientes Wissenschaftsmanagement. Der Staat sollte sich Zustimmungsrechte vorbehalten. Die Hochschulen müssen jedoch ihre Haushalte in eigener Verantwortung bewirtschaften können. Dazu ist die demokratische Kontrolle der Kollegialorgane auszubauen.

■ Studienreform vorantreiben

Mecklenburg-Vorpommern kennt keine Massenuniversitäten und überlangen Studienzeiten. Wir wollen das so bleibt. Durch die Vereinfachung der Studienorganisation, eine praxisnahe Studienberatung, ein hochwertiges Lehrangebot und eine soziale Absicherung soll es den Studenten ermöglicht werden, ihr Studium in der Regelstudienzeit zu absolvieren. Auch Teilzeitstudien werden in Zukunft anerkannt.

**Bessere Bedingungen
für Studenten**

■ **Personalpolitik und Nachwuchsförderung verbessern**

Die SPD richtet ihr Augenmerk auf die Stärkung des akademischen Mittelbaus, insbesondere auch im Fachhochschulbereich, und fördert gezielt die Herausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Schwerpunkt unserer Bemühungen ist die Verbesserung der Studier- und Lebensbedingungen der Studenten. Zur Verbesserung der objektiven Studierfähigkeit werden das Studentenwohnheimbauprogramm des Bundes und des Landes sowie die Graduiertenförderung an den Bedürfnissen des Landes orientiert.

Der erste Schritt nach der Regierungsübernahme

Die SPD sichert den Grundbestand der Hochschulen und wird ein Forschungsförderungsprogramm auflegen, das die Kooperation von staatlicher und privater Forschung intensiviert und den akademischen Nachwuchs fördert. Die Mittel von Land, Bund und Europäischer Union werden gebündelt und unbürokratisch ausgereicht.

Kulturpolitik

Die Ausgangslage

Die Menschen von Mecklenburg-Vorpommern haben sich durch die friedliche Revolution von 1989 aus kultureller Enge und Bevormundung befreit. Sie kommen aber nicht aus einer kulturlosen Zeit.

Im Jahre drei nach der Einheit zeigt sich, daß erhebliche Verluste an kultureller Substanz und Infrastruktur zu verzeichnen sind. Die Neuordnung der Kulturlandschaft ist nur unzureichend gelungen.

Beweis dafür sind der enorme Kahlschlag bei Jugendklubs, Theatereinrichtungen, Bibliotheken und Kinos.

Besonders im ländlichen Raum sind die Verluste an kulturellen Einrichtungen groß. Die Kultusministerin hat keine Sensibilität für die Menschen und ihre Landschaft, deshalb verwaltet sie lediglich Kunst und Kultur.

**Zu viel Kahlschlag,
zu wenig Neues**

Die Ziele unserer Kulturpolitik

Die einzigartige und zu neuem Leben erwachende Kultur in Mecklenburg-Vorpommern ist zu schützen und zu fördern. In unserer krisenhaften Zeit erfüllen Kultur und Kunst eine wichtige Klammerfunktion für die hier lebenden Menschen. Zudem werden Kunst und Kultur ein immer wichtigerer Wirtschaftsfaktor.

Die großen traditionellen Kultureinrichtungen wie die Theater, Orchester, Museen, aber auch die neuen Formen kultureller Festivals sind als Begegnungsstätten für die Menschen zu erhalten. Der Kultur im ländlichen Raum, der musischen Erziehung der Kinder und Jugendlichen und der Entfaltung der Vereins- und Verbandsarbeit gilt unsere besondere Unterstützung.

Kultur muß auf sichere ökonomische Grundlagen gestellt werden. Kultur und Kunst werden vor allem aus den öffentlichen Haushalten gefördert, private Unterstützungen sind unverzichtbar. Kultur und Kunst gehören nicht dem Staat, aber sie gehören zum Staat.

Wir Sozialdemokraten sind uns der kritischen Distanz vieler Künstler gegenüber der Politik bewußt. Wir laden sie ein zu einem offenen und kritischen Dialog zwischen Kultur und Politik.

Mit der von oben verordneten Kulturpolitik machen wir Schluß. Künstler und engagierte Fachleute sowie ihre Verbände sind ständiger Dialogpartner einer sozialdemokratisch geführten Regierung. Der kulturelle Austausch mit anderen Regionen und Ländern ist für ein weltoffenes Land unverzichtbar. Kulturelle Minderheiten erfahren Schutz und Förderung.

Für die Jugend sind neue Formen kultureller Freizeitgestaltung aufzubauen. Hier müssen ressortübergreifend Einrichtungen und Begegnungsstätten reaktiviert und neu geschaffen werden. Die Kulturarbeit muß fester Bestandteil in unseren Schulen werden.

**Der Mensch braucht
Kunst und Kultur zum Leben**

**Der Staat muß Kultur fördern,
nicht verordnen**

Die Maßnahmen

Kulturförderung ist ein Auftrag, der sich aus der Staatszielbestimmung der Landesverfassung ergibt. Dies muß in den Haushalten des Landes und der Kommunen entsprechend berücksichtigt werden. Damit die Kommunen diesem Verfassungsauftrag gerecht werden können, ist ihnen über das Finanzausgleichsgesetz eine höhere Verbundquote als bisher zuzubilligen. Gleichzeitig werden wir uns darum bemühen, daß die Bundeshilfen für den kulturellen Aufbau in den neuen Bundesländern bestehen bleiben.

Wir werden die Mittelvergabe demokratisieren und Jurorenkollegien sowie Beiräte für wichtige Entscheidungsfindungen einsetzen.

Pflege und Förderung der Kultur ist in jeweils spezifischer Ausprägung Aufgabe aller Ministerien. Das Kunstschaffen Mecklenburg-Vorpommerns ist in

**Höherer Finanzausgleich
für Kommunen**

**Vorrang für
einheimische Künstler**

den internationalen Kulturaustausch der Bundesrepublik Deutschland einzubeziehen. Die Arbeitskontakte unserer Künstlerinnen und Künstler mit Künstlerinnen und Künstlern aus anderen Ländern werden wir unterstützen.

Bei vom Land zu vergebenden kulturellen Aufträgen sind einheimische Künstler im Rahmen geltender Vorschriften vorrangig zu berücksichtigen. Das Landesfilmzentrum werden wir unterstützen.

Der erste Schritt nach der Regierungsübernahme

■ **Demokratisierung der Kulturpolitik**

Wir werden eine Kulturkonferenz einberufen. Sie soll die Schwerpunkte der künftigen kulturellen Entwicklung im Land und die Beteiligung der Kulturschaffenden an grundsätzlichen kulturpolitischen Entscheidungen des Landes konzeptionell festlegen.

Sportpolitik

Die Ausgangslage

Nach einem katastrophalen Absinken der Mitgliederzahlen in Vereinen und Verbänden und einer mangelhaften Bereitschaft zu ehrenamtlicher Tätigkeit im Gefolge der Wende ist seit 1993 ein langsamer Anstieg der Mitgliederzahlen in den Sportvereinen Mecklenburg-Vorpommerns erkennbar.

Der Sportstättenbau war in der ehemaligen DDR jahrelang vernachlässigt worden. Die Landesregierung beginnt erst jetzt, mit einem Sportstättenbauprogramm auf die Probleme zu reagieren. Ein Großteil der Anlagen ist jedoch schon zweckentfremdet worden bzw. kaum noch zu sanieren. Das Sanierungsvolumen beträgt etwa 660 Millionen DM. Die von den Sportverbänden und der SPD seit Anbeginn geforderte Sportstättenanierung („Goldener Plan Ost“) ist nicht realisiert worden.

Sportstättenanierung wird nicht angegangen

Die Ziele unserer Sportpolitik

Sportliche Betätigung muß jedem offenstehen, unabhängig von seiner sozialen Stellung. Die Teilbereiche des Sports, wie Breitensport, Behindertensport, Kinder- und Jugendsport, Schulsport oder Leistungssport müssen sich ergänzen und bilden eine Einheit.

Die Maßnahmen

Um die Verbandsstrukturen als eine Voraussetzung für eine breite und gemeinschaftliche Sportbetätigung im Lande weiter zu entwickeln, ist insbesondere der Landessportbund gezielt zu fördern. Gerade seinen Aufgaben im Rahmen der Fort- und Weiterbildung von Trainern, Übungsleitern sowie Kampf- und Schiedsrichtern, der Austragung landesweiter Sportveranstaltungen und der Mitgliederwerbung gilt unser besonderes Augenmerk. Wegen der zunehmenden Verwaltungs- und Rechtsprobleme bedarf es neben der Förderung des ehrenamtlichen Engagements auch einer angemessenen hauptamtlichen Verwaltung der Sportorganisationen. Wir unterstützen ehrenamtliche Tätigkeiten, fördern aber auch soweit möglich die Überführung ehemaliger ABM-Kräfte in feste Anstellungen.

Wie die alten Länder, so brauchen auch wir einen „Goldenen Plan Ost“ des Bundes zur Sanierung der Sportstätten. Wir streben zudem eine Zweckbindung der Lotto-Einnahmen des Landes für die Sportförderung und besonders für Sportstättenrekonstruktion an.

Kein Spitzensport ohne Breitensport

Der erste Schritt nach der Regierungsübernahme

Auf der Basis von Bedarfsanalysen wird die SPD in Zusammenarbeit mit den kommunalen und freien Trägern Nutzungskonzepte der vorhandenen Sportstätten erstellen. Auf dieser Grundlage wird dann ein Sportstätten-erhaltungs- und -neubauprogramm des Landes verabschiedet, in dem alle kurz-, mittel- und langfristigen Sanierungsmaßnahmen aufgeschlüsselt sind.

Medienpolitik

Die Ausgangslage

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es drei große regionale Tageszeitungen, die faktisch über ein Gebietsmonopol verfügen. Nur in Rostock, auf der Insel Usedom und im Nordwesten des Landes stehen sie untereinander oder mit anderen Regionalzeitungen in Konkurrenz. Andere Wettbewerber haben keine Chance. Sie müßten unvertretbar viel Kapital einsetzen, um die Anlaufverluste durchzustehen. Die Markteintrittsbarrieren sind zu hoch. Verschärft wird die Monopolsituation noch dadurch, daß die Verlage in ihrem Verbreitungsgebiet auch noch zahlreiche Anzeigenblätter herausgeben.

Die Rundfunk- und Fernsehlandschaft paßt sich den Verhältnissen in den anderen Bundesländern an. Mecklenburg-Vorpommern hat sich dem NDR angeschlossen und ist auch Vertragsland des ZDF. Es gibt einen privaten Rundfunksender, ein zweiter wird 1994 auf dem Markt sein. Der erste private Fernsehsender in Mecklenburg-Vorpommern wird ebenfalls 1994 seine Lizenz erhalten. Andere private Fernsehsender können bereits via Satellit oder per Kabel empfangen werden.

Die Qualität der Programme wird unterschiedlich beurteilt. Die Klagen von Eltern, Lehrern und Erziehern über die große Zahl der Gewalt- und Pornoszenen auf dem Bildschirm häufen sich. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk paßt sich im Wettrennen um Einschaltquoten dem Niveau der Privaten an und verflacht zunehmend.

Eine Film- und Fernsehindustrie hat sich in unserem Land erst in Ansätzen entwickelt.

**Zuviel Gewalt auf dem Bildschirm,
Programmniveau sinkt**

Die Ziele unserer Medienpolitik

Die SPD setzt sich für eine Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein. Der NDR bleibt aufgefordert, durch die Qualität der Programme seinem Grundversorgungsauftrag gerecht zu werden. Bei den privaten Rundfunkveranstaltern sind Vielfaltsicherung und Konzentrationskontrolle notwendig. Die zugelassenen Veranstalter müssen ein notwendiges Maß an Außen- und Binnenpluralität gewährleisten.

Bei der weiteren Förderung der Medienlandschaft sind regionale, bürger-nahe Veranstaltungsformen zu berücksichtigen. Wir werden Voraussetzungen schaffen für die Einrichtung von offenen Kanälen im Hörfunk und im Fernsichtbereich, die Einrichtung von Lokalradios sowie den nicht kommerziellen Rundfunkversuch.

Die SPD will den Einfluß der politischen Parteien im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zurückschneiden. Mecklenburg-Vorpommern braucht keine rechten Journalisten, auch keine linken Journalisten, sondern gute Journalisten. Die Redaktionen müssen deshalb eine größere Unabhängigkeit und mehr Einfluß bei der Besetzung von Führungspositionen bekommen.

Die SPD wird sich weiterhin für eine Begrenzung der Gewalt- und Pornoszenen im Fernsehen einsetzen. Die Bestimmungen des Jugendschutzes müssen konsequent durchgesetzt werden. Da der Äther offen ist, müssen auch auf internationaler Ebene entsprechende Vereinbarungen getroffen werden.

Wegen ihrer Monopolstellung muß auch bei den Tageszeitungen die redaktionelle Unabhängigkeit gestärkt werden. Die Bürger erwarten, daß die Qualität der Tageszeitungen nicht durch die Schließung von Lokalredaktionen und durch weiteren Personalabbau sinkt.

Die SPD will alles tun, um Unternehmen der Medienbranche, etwa aus dem Bereich der Video- und Filmproduktion, eine Ansiedlung in Mecklenburg-Vorpommern zu ermöglichen. Der kulturellen und der wirtschaftlichen Filmförderung kommt besondere Bedeutung zu.

**Parteieneinfluß
verringern**

Die ersten Schritte nach der Regierungs- übernahme

- Die SPD wird sich mit den Journalisten, der IG Medien sowie dem Journalistenverband zusammensetzen, um mit ihnen gemeinsam Modelle zur Stärkung der redaktionellen Unabhängigkeit zu entwickeln und durchzusetzen. In diesen Prozeß werden auch die Verleger und die Intendanten von Rundfunk und Fernsehen miteinbezogen.
- Die SPD wird die Voraussetzungen für den Sendebeginn von offenen Kanälen für Hörfunk und Fernsehen schaffen sowie mit interessierten Vereinen und Gruppierungen nach tragfähigen Konzepten für die Veranstaltung von Bürger- und Lokalradios suchen.

**Die redaktionelle
Unabhängigkeit stärken**

Frauenpolitik

Die Ausgangslage

Die Frauen stellen fest, daß sie in zunehmendem Maße zu Verliererinnen des Einigungsprozesses werden. Die Frauen in Mecklenburg-Vorpommern wie in den anderen neuen Ländern haben ihre Arbeitsplätze schneller verloren als ihre männlichen Kollegen, und sie haben schlechtere Chancen, wieder vermittelt zu werden. Der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen liegt mittlerweile über 60 Prozent.

Frauen sind Verliererinnen der Vereinigung

War es früher selbstverständlich, Kinder und Berufstätigkeit vereinbaren zu können, so haben sich die Rahmenbedingungen für eine Erwerbstätigkeit inzwischen dramatisch verschlechtert. Kinderbetreuungseinrichtungen befinden sich oftmals nicht mehr am Wohnort, die Betreuungskosten steigen sprunghaft an und gleichzeitig werden die Betreuungszeiten eingeschränkt. Mit Wut und Enttäuschung müssen gut qualifizierte Frauen erleben, daß ihnen am Arbeitsmarkt kein Platz mehr zugestanden wird. Wie immer in wirtschaftlich schwierigen Zeiten werden sie aus der Berufstätigkeit verdrängt oder auf schlechtbezahlte nicht ihrer Qualifikation entsprechende Arbeitsplätze abgeschoben. Dabei ist für 90 Prozent der ostdeutschen Frauen nach eigener Aussage die Hausfrauentätigkeit keine Alternative.

Die Ziele unserer Frauenpolitik

Frauenpolitik ist kein Luxus

In einer demokratischen Gesellschaft ist es unabdingbar, daß Frauen und Männer in gleicher Weise das politische und gesellschaftliche Leben gestalten können. Der materiellen Unabhängigkeit der Frauen kommt dabei eine Schlüsselfunktion zu. Diese Unabhängigkeit kann derzeit fast nur durch Erwerbsarbeit erreicht werden.

Daher muß es selbstverständliches Ziel einer sozialdemokratischen Landesregierung sein, die bereits jetzt bestehenden europarechtlichen und bundesrechtlichen Diskriminierungsverbote durchzusetzen. Darüber hinaus wird eine sozialdemokratische Landesregierung die Gleichstellung der Frauen in Bildung und Ausbildung, im Erwerbsleben und in den Familien vorantreiben, indem sie die dafür notwendigen Rahmenbedingungen schafft. Ziel muß es sein, Beruf und Familienarbeit für Frauen und Männer gleichermaßen vereinbar zu machen. Maßstab dabei ist, daß Frauenpolitik von uns nicht als Luxus angesehen wird, sondern als Interessenvertretung der Hälfte der Bevölkerung.

Die Maßnahmen

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist Bestandteil in der Wirtschafts- und Strukturpolitik.

Gleichstellung am Arbeitsmarkt

Um der Arbeitslosigkeit von Frauen zu begegnen, werden im Programm „Arbeit für Mecklenburg-Vorpommern“ Frauen weiter als besondere Zielgruppe der Arbeitsmarktpolitik benannt. Ziel ist es, sie entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen an diesen aktiven Förderinstrumenten zu beteiligen.

Bei den außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen wird eine sozialdemokratische Landesregierung auf Chancengleichheit von Mädchen und Jungen in allen Berufen hinwirken. Damit wird sie einen Beitrag gegen die einseitige Orientierung von Mädchen und Frauen auf wenige, oft schlecht bezahlte Berufe leisten.

Verbesserte Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind die wesentliche Voraussetzung, Frauen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren bzw. sie dort zu halten. Dazu gehört neben der Erhaltung einer bezahlbaren Kinderbetreuung (einschließlich Horte) auch die Möglichkeit zur

Teilzeitbeschäftigung. Dabei muß es sich jedoch um qualifizierte, sozialversicherungspflichtige Stellen handeln. Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird im öffentlichen Dienst Arbeitszeitmodelle initiieren, die Frauen und Männer einbinden. Betriebe, die besonders frauen- und familienfreundliche Regelungen schaffen, müssen öffentliche Anerkennung erfahren. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird ihr Engagement für die Belange der Frauen auch administrativ deutlich machen.

Strukturkonzept

Die Ausgangslage

Wirtschaft und Landwirtschaft sind in der Zeit der SED-Herrschaft nicht nach ökonomischen Regeln, sondern nach planwirtschaftlichen Vorgaben entwickelt worden. Dabei hat die Arbeitsteilung im damaligen RGW eine wichtige Rolle gespielt. Mit der übergangslosen Übernahme der Marktwirtschaft sind nach der Wende 70 Prozent Industriearbeitsplätze und sogar 80 Prozent der Arbeitsplätze im ländlichen Raum in Mecklenburg-Vorpommern verlorengegangen.

Förderung nach dem Gießkannenprinzip

Der Versuch der CDU/FDP-Landesregierung durch gleichmäßige Förderung alle Standortnachteile gleichzeitig auszugleichen ist gescheitert. Es gibt viel zu viele Gewerbeflächen im Land, die brach liegen, weil es dafür keine Nachfrage der Wirtschaft gibt. Wenn aber die finanziellen Ressourcen am Bedarf vorbei eingesetzt werden, so heißt das, daß die Mittel dort fehlen, wo wirtschaftlich mehr in Schwung hätte kommen können und müssen. Die ehemaligen Blockparteien haben sich wie die früheren staatlichen Planbehörden verhalten, sie haben die knappen Fördermittel verteilt, ohne nach der ökonomischen Wirksamkeit zu fragen.

Die Ziele unserer Strukturpolitik

Die wichtigsten Wirtschaftsbereiche unseres Landes sind Werft- und Hafenindustrie, Bauwirtschaft, Fremdenverkehr, Nahrungsmittelindustrie und Landwirtschaft. Diese wirtschaftliche Grundstruktur muß nicht verändert, sondern neu belebt werden.

Konzentration der knappen Mittel

Sozialdemokratische Strukturpolitik heißt, Wirtschafts-, Landwirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Forschungspolitik miteinander zu verzahnen. Dabei müssen die knappen finanziellen Kräfte auf die Zentren der wirtschaftlichen Entwicklung konzentriert werden. Notwendig ist dafür eine klare Rangfolge in Erschließung und Förderung der industriellen Potentiale. Verzahnung heißt konkret:

- Technologieförderung muß hochschulpolitisch begleitet werden, deshalb ist der Ausbau der technischen Fakultäten erforderlich;
- Fortbildung, Umschulung und berufliche Bildung müssen aufeinander und mit dem regionalen Bedarf der Wirtschaft abgestimmt werden;
- Umweltpolitik muß in alle Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft integriert werden; ökologische Modernisierung der Wirtschaft ist ebenso erforderlich wie umweltverträglicher Tourismus;
- Um Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei zu erhalten, muß die Ansiedlung weiterer Veredlungsbetriebe und der dazu notwendigen Maschinenbaubetriebe erfolgen.

Arbeitsplätze schaffen ist oberstes Ziel

Die wichtigste Aufgabe sozialdemokratischer Politik ist es, möglichst viele neue und zukunftsträchtige Arbeitsplätze zu schaffen. Ein Weg dazu ist, eine gerechte Verteilung von Bundeseinrichtungen mit arbeitsmarktpolitischer Relevanz für unser Land durchzusetzen. Eine moderne Wirtschaftspolitik braucht eine gerechte Sozialpolitik. Zu den wichtigen Standortfaktoren gehören auch Bildung und Kultur.

Der Staat muß seine Dienstleistungsfunktionen verbessern. Die öffentlichen Verwaltungen müssen effektiver arbeiten, deshalb muß die Eigenverantwortung der in diesem Bereich Beschäftigten durch den Abbau überflüssiger Hierarchien und die Abschaffung überholter Vorschriften gestärkt werden.

Die ersten Schritte nach der Regierungs- übernahme

Sozialdemokratische Regierungspolitik heißt, daß wirtschafts-, arbeitsmarkt-, bildungs- und forschungspolitische Instrumentarien zur Entwicklung der Oberzentren, der wichtigen Mittelzentren, der Unterzentren und der ländlichen Zentralorte zu stärken sind. Dort gibt es Entwicklungen, die nicht länger behindert werden dürfen. Die mögliche Wachstumsdynamik der Ober- und Mittelzentren muß vielmehr genutzt werden, um auch deren Ausstrahlung auf den ländlichen Raum zu beschleunigen. Wir werden deshalb die finanziellen Mittel dort gezielt einsetzen.

Sozialdemokraten werden weiter die Aktivitäten für Gewerbe-, Dienstleistungs- und Verarbeitungsunternehmen unterstützen. Das schafft Arbeit im ländlichen Raum. Statt überdimensional und falsch platzierte Gewerbegebiete wollen wir Gründerzentren und Gewerbehöfe fördern. Wir werden Schluß machen mit der Verschleuderung von Steuergeldern für Gewerbegebiete, für die es keine Nachfrage gibt. Wir werden stattdessen die Veredlung landwirtschaftlicher Produkte gezielt unterstützen, um die Chancen des ländlichen Raumes neu zu beleben.

**Starke Ober- und Mittelzentren
helfen dem ländlichen Raum**

Kommunalpolitik

Die Ausgangslage

Bedenkliche Neigung zu neuem Zentralismus

In den vergangenen vier Jahren ist von den ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kommunalpolitikern sowie von den Kommunalbediensteten eine enorme Aufbauarbeit in den Gemeinden, Städten und Landkreisen unseres Landes geleistet worden. Dabei gestalten sich die Bedingungen für die kommunale Selbstverwaltung alles andere als optimal. Es gab nach 40 Jahren „demokratischen“ Zentralismus keine Erfahrung mit bürgerschaftlicher Selbstverwaltung, die schlagartige Einführung des westdeutschen Rechts- und Sozialsystems setzte zudem Bürger und Kommunen Hals über Kopf unter einen hohen Anpassungsdruck. Erschwerend kommt hinzu, daß die CDU/FDP-Landesregierung die Neigung zu einem neuen Zentralismus zeigt. Die Gemeinden und Landkreise wurden, besonders unter finanziellen Gesichtspunkten, an die Leine des Innenministers gelegt.

Sowohl in bezug auf die Anzahl der Genehmigungsvorbehalte als auch auf die Finanzausstattung der Kommunen, hat die Landesregierung die Entwicklung vor Ort eher gehemmt, als gefördert.

Die Ziele unserer Kommunalpolitik

Der zügige Aufbau des Landes setzt starke und kompetente Kommunen voraus. Die Wirtschafts- und Investitionstätigkeit der Kommunen ist entscheidend für die Weichenstellung der künftigen Entwicklung der Lebens-, Arbeits- und Freizeitbedingungen im Land. Daher sehen wir eine vorrangige Aufgabe der Landespolitik in der Stärkung der Selbstverwaltung und der Förderung der bürgernahen Verwaltungsarbeit in den Gemeinden, Städten und Landkreisen. Durch die demokratische Legitimation und die Problemnähe vor Ort sind die Städte und Gemeinden in aller Regel besser geeignet, die konkreten Belange zu erledigen, als Ministerien und Landesbehörden.

Finanz- und Entscheidungsspielraum der Kommunen verbessern

Wir werden die Rahmenbedingungen so ändern, daß möglichst viele Aufgaben bürgernah vor Ort wahrgenommen und die Probleme dort auch entschieden werden können. Dies bedeutet, wir werden die kommunale Finanzausstattung verbessern und den Entscheidungsspielraum der Kommunen erweitern.

Für eine positive räumliche Entwicklung ist es unerlässlich, daß die Stadt-Umland-Beziehungen nicht durch Kompetenzgerangel und ineffiziente Strukturen belastet werden. Die Untätigkeit der bisherigen Landesregierung von Anfang an hat schon zur nachhaltigen Beeinträchtigung der Entwicklung der Zentren und damit des ganzen Landes geführt.

Wir Sozialdemokraten werden in enger partnerschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und den Gemeinden bzw. Landkreisen die wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen, infrastrukturellen und kulturellen Lebensverhältnisse der Menschen verbessern. Dabei treten wir für einen gerechten Ausgleich zwischen den Zentren im Land und der Fläche ein.

Wir sehen die Landespolitik hier in der Verantwortung, durch langfristige Planungen und gezielte Förderung kommunaler Zusammenarbeit und Zusammenschlüsse eine vernünftige Struktur zu gestalten, damit engstirnige Kirchturmpolitik und kostspielige Bürgermeisterwettbewerbe vermieden werden.

Die Maßnahmen

- Den Finanzausgleich werden wir dahingehend ändern, daß die Kommunen angemessen am neuen Länderfinanzausgleich ab 1995 beteiligt werden (Erhöhung der Verbundquote). Die Mittel werden verstärkt direkt an die Kommunen gegeben und nicht mehr auf bürokratischem Umweg über

viele ministerielle Zweckzuwendungen mit aufwendigen Antragsverfahren. Die Fehlbedarfszuweisungen werden ganz gestrichen und die Sonderbedarfszuweisungen stark reduziert, statt dessen werden die allgemeinen Schlüsselzuweisungen und die pauschalen Investitionszuweisungen erhöht. Die Gelder werden direkt an die kreisangehörigen Gemeinden bzw. Ämter überwiesen. Um die unterschiedliche Steuerkraft der Kommunen anzugleichen, wird ein begrenzter Steuerkraftausgleich, der sogenannte interkommunale Finanzausgleich, ab 1995 eingeführt.

Finanzierung der Kommunen entbürokratisieren

- Die Gemeinden werden ermächtigt, über eine Satzung eine Feuerwehrabgabe zu erheben.
- Eine SPD-geführte Landesregierung wird Pilotprojekte und Modellversuche von Kommunen, die neue Steuerungsmodelle in der Verwaltung einführen, aktiv fördern.
- Gemeinden, die sich zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und zur besseren Aufgabenwahrnehmung für den Bürger zusammenschließen wollen, werden vom Land gefördert.

Die ersten Schritte nach der Regierungs- übernahme

- Wir werden die Finanzausstattung der Gemeinden verbessern.
- Wir werden die Kommunalverfassung ändern, damit z.B. kommunale Unternehmen gegenüber privaten Unternehmen nicht benachteiligt sind.

Finanzpolitik

Die Ausgangslage

Die finanzielle Ausgangssituation ist gekennzeichnet durch

- geringe Steuerkraft (deckt ca. 25 % des Ausgabevolumens)
- hohe Transferleistungen (Bund, alte Bundesländer, EU decken ca. 50 % des Ausgabevolumens)
- hohen Kreditbedarf (deckt ca. 25 % des Ausgabevolumens).

Die vergangene Legislaturperiode hat gezeigt, daß die von den Fraktionen der CDU und FDP getragene Landesregierung nicht in der Lage ist, die knappen finanziellen Ressourcen des Landes planvoll und effektiv zur Steigerung der Leistungskraft des Landes einzusetzen. Unbeeindruckt von den Folgen für die Zukunft des Landes plant sie alljährlich hohe Kreditaufnahmen ein, um die im Land nicht erwirtschafteten Mittel zu ersetzen, statt sich mit realistischen Planungen auf das kurz- und mittelfristig Machbare zur Verbesserung der Wirtschaftskraft des Landes zu konzentrieren. Zwischen Planung und Realisierung klafft aber eine so große Lücke, daß sich als „positiver“ Nebeneffekt der mangelnden Umsetzungsfähigkeit die tatsächliche Schuldenlast noch nicht zu dem unverantwortlich hohen Berg aufgehäuft hat, wie die Koalitionsfraktionen es in Kauf zu nehmen bereit sind. Nicht hohe Ansätze im Haushaltsplan helfen uns aus der Krise - der Erfolg bemißt sich letztendlich nach dem, was auch tatsächlich umgesetzt worden ist. Programme helfen nicht weiter, wenn sie in der Ausführung an der Hilflosigkeit der Landesregierung scheitern.

Den wichtigsten Kritikpunkt sieht die SPD in

- einer unzureichenden Bestandsaufnahme des Nachholbedarfs mit der Folge einer fehlenden mittelfristigen Investitionsplanung unter Beachtung einer gezielten Prioritätensetzung.

Besondere Bedeutung kommt dabei der mittelfristigen Investitionsplanung zu, der die Landesregierung sich, obwohl gesetzlich vorgeschrieben, bis zum heutigen Tage zum Schaden unseres Landes verweigert hat. So werden ausnahmslos kreditär finanzierte Investitionen nicht nach Prioritäten, sondern nach dem Zufallsprinzip in den Haushaltsplan aufgenommen, in der Regel ohne fundierte Planung und Kostenermittlung. Auch die Folgebelastungen, die Investitionen in den künftigen Jahren im Bereich des laufenden Haushalts auslösen und den Handlungsspielraum weiter einengen, werden entweder nicht bedacht oder verschwiegen. Das ist kopflos und unehrlich. Schönfärberei ist aber keine Basis für eine solide Finanzpolitik.

Weitere Kritikpunkte sind:

- eine ungebremste Ausgabenwilligkeit im konsumtiven Bereich bei teilweiser kreditärer Finanzierung und
- ein aufgeblähter Verwaltungsapparat.

Die Ziele der Finanzpolitik

Knappe Finanzmittel zwingen zur Prioritätensetzung. Prioritäten kann man aber nur setzen, wenn es einen lückenlosen Überblick über das gibt, was es anzupacken gilt. Mittel ungezielt hier und da ohne gesicherten Hintergrund über das am dringlichsten Notwendige zu verteilen, schadet eher, als daß es nützt. Um einen sinnvollen Einsatz der verfügbaren Mittel auf der Basis fundierter Planungen sicherzustellen, die zu finanzierbaren Konzepten führen, bedarf es daher zunächst einer lückenlosen Bestandsaufnahme, die einerseits schonungslos Schwachstellen, andererseits aber auch Positivposten aufzeigt. Nur eine derartige Bestandsaufnahme ermöglicht eine aussagefähige mittelfristige Finanzplanung, die als verlässliche Basis und Leitlinie für die jährlichen Haushaltsplanungen dienen kann. Alles andere sind Zahlenspiele ohne realen Hintergrund, die den Blick für die tatsächlichen Gegebenheiten verstellen. Angezeigt ist schonungslose Offenheit. Dazu ist die SPD bereit.

**Planlose
Schuldenmacherei**

**Fehlende Investitionsplanung
ist gesetzeswidrig**

**Kassensturz
ohne Wenn und Aber**

Im konsumtiven Bereich muß sich die Ausgabenpolitik grundsätzlich an dem orientieren, was das Land selbst erwirtschaftet und was darüber hinaus über den Länderfinanzausgleich hereinkommt. Es ist daher notwendig,

- alle Möglichkeiten zur Verbesserung der Einnahmesituation auszuschöpfen und
- die Ausgaben im konsumtiven Bereich auf das unumgänglich Notwendige zu beschränken.

Fortlaufender Einsatz von Kreditmarktmitteln zur Finanzierung der laufenden Kosten führt in den Staatsbankrott. Ziel muß daher sein, die derzeitige ungebremsste Ausgabenwut auf ein haushaltsverträgliches Maß zurückzuführen und damit den Schaden, den die chaotische Finanzpolitik der Landesregierung angerichtet hat, zu begrenzen. Dazu gehört auch eine effizientere Verwaltung und Rückführung des aufgeblähten Verwaltungsapparates auf ein der Bevölkerungszahl angepaßtes Maß durch

- Umschichtung von Personal (Stellen) in Brennpunktbereiche,
- Nutzung natürlicher Fluktuation und
- Aufgabenkritik und Umorganisation bei weitestgehender Privatisierung nicht notwendigerweise von der öffentlichen Hand wahrzunehmender Aufgaben.

Sparsamkeit sollte sich gerade in einem jungen Bundesland, in dem die Menschen gezwungenermaßen lebenslange Erfahrungen mit dem Mangel gesammelt und sich darauf eingerichtet haben, mit Erfolg durchsetzen lassen. Sparen in diesem Bereich darf kein Tabuthema sein. Dazu gehört Einsicht und ein fester Wille. Beides hat die SPD.

Die Einnahmesituation läßt sich nachhaltig und dauerhaft nur verbessern, wenn es gelingt, die Wirtschaftskraft des Landes erheblich zu steigern und damit zum Abbau der Arbeitslosigkeit beizutragen. Subventionsabbau kann kein kurz- oder mittelfristiges Ziel sein, wie in regelmäßigen Zeitabständen immer wieder gefordert wird. Das schließt eine kritische Durchleuchtung gewohnheitsrechtlich erworbener Subventionsansprüche mit dem Ziel effektiveren Einsatzes der Mittel durch Umverteilung nicht aus.

Dazu gehört auch eine moralische und finanzielle Stärkung der kommunalen Kräfte, denn wesentliche Belange unseres Landes müssen auf kommunaler Ebene wahrgenommen werden.

**Konsumptive Ausgaben
an den Einnahmen orientieren**

Sparen, aber gerecht.

Die ersten Schritte nach der Regierungsübernahme

- Bestandsaufnahme zur Neustrukturierung und Konsolidierung des Haushaltes unter Einbindung der SPD-Programme (einschließlich Analyse der Verwaltungsorganisation), bei Verzicht auf den finanziellen Rahmen sprengende Ressortegoismen mit Rückenstärkung für das Finanzressort;
- Verbesserung des Instrumentariums bei der Förderung von Investitionen durch Bündelung der Kräfte in kompetenter Hand (Gründung einer Investitions- oder Aufbaubank) zur Steigerung des Umsatzes, der Effizienz und der Effektivität bei der Vergabe öffentlicher Mittel;
- Stärkung der Eigenverantwortung und Motivation der Kommunen durch Reformierung des kommunalen Finanzausgleichs und Erhöhung der Finanzausgleichsmasse.